

Pour une exploitation qui remplit les conditions énoncées à l'alinéa 1^{er}, les droits d'émission de nutriments-TDE pour l'année civile en question sont temporairement suspendus de plein droit en ce qui concerne la partie des droits d'émission de nutriments-TDE pour laquelle l'exploitation ne produit pas séparément d'effluents d'élevage provenant de l'espèce animale visée par l'extension.

L'exploitation peut effectuer une notification telle que visée à l'alinéa 1^{er}, 1^o au titre d'une année civile au maximum au cours d'une période de quatre années civiles.

Ce règlement et ses effets seront évalués deux ans après l'entrée en vigueur de la présente disposition. ».

Art. 6. Le présent décret entre en vigueur le jour suivant sa publication au *Moniteur belge*.

Promulguons le présent décret, ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Bruxelles, le 15 juillet 2022.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,

J. JAMBON

La Ministre flamande de la Justice et du Maintien,
de l'Environnement et de l'Aménagement du Territoire, de l'Énergie et du Tourisme,

Z. DEMIR

—
Note

(1) *Session 2021-2022*

Documents : – Proposition de décret : 1296 – N° 1

– Amendements : 1296 – N° 2

– Avis du Conseil d'Etat : 1296 – N° 3

– Amendements : 1296 – N° 4

– Texte adopté en séance plénière : 1296 – N° 5

Annales – Discussion et adoption : Séance d'après-midi du 13 juillet 2022

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/204377]

27. JUNI 2022 — Dekret über das Pflegegeld für Senioren

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Gegenstand

Das Pflegegeld ist eine nicht-zweckgebundene, finanzielle Unterstützung für Senioren mit einem Unterstützungsbedarf, die periodisch ausgezahlt wird und darauf abzielt, die Autonomie dieser Senioren zu stärken und ihnen zu einem selbstbestimmten Leben zu verhelfen.

Art. 2 - Personenbezeichnung

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Antragsteller: die natürliche Person, die ein Anrecht auf Pflegegeld hat, Anspruch darauf erhebt oder darauf erheben kann, ihre gesetzlichen Vertreter und ihre Bevollmächtigten sowie der tatsächliche oder potenzielle Empfänger des Pflegegelds;

2. BelRAI-Screener: wissenschaftlich fundiertes, globales Evaluationsinstrument, das auf dem internationalen "Resident Assessment Instrument" beruht. Es handelt sich um ein validiertes elektronisches Instrument, das standardisierte Informationen des Seniors mit Unterstützungsbedarf oder einer Person mit Unterstützungsbedarf generiert, um die Begleitung zu verbessern;

3. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;

4. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

5. Pflegegeld: das in Kapitel 2 erwähnte Basispflegegeld und der Sozialzuschlag;

6. Senior: jede Person, die das Pensionsalter überschritten hat und Anrecht auf das Pflegegeld hat;

7. Gliedstaaten: die Flämische Gemeinschaft, die Wallonische Region, die Gemeinsame Gemeinschaftskommission oder die Französische Gemeinschaftskommission;

8. Verordnung (EG) Nr. 883/2004: die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Art. 4 - Anwendungsbereich

§ 1 - Vorliegendes Dekret ist anwendbar auf Personen, die:

1. ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;

2. die in den Artikeln 7 oder 9 aufgeführten Gewährungsbedingungen erfüllen.

In Abweichung von Absatz 1 ist vorliegendes Dekret nicht anwendbar auf Personen, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben und:

1. aufgrund der Bestimmungsregeln der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union im Bereich der sozialen Sicherheit unterliegen, oder

2. dem System der sozialen Sicherheit eines anderen Vertragsstaats des Europäischen Wirtschaftsraums, der Schweiz oder des Vereinigten Königreichs unterliegen, oder

3. die aufgrund der europäischen Rechtsvorschriften oder eines internationalen Abkommens oder Protokolls nicht der belgischen sozialen Sicherheit unterliegen.

§ 2 - Vorbehaltlich der Anwendung diesbezüglicher Zusammenarbeitsabkommen ist vorliegendes Dekret ebenfalls anwendbar auf Personen, die ihren Wohnsitz im französischen Sprachgebiet, im niederländischen Sprachgebiet oder in der zweisprachigen Region Brüssel-Hauptstadt haben und:

1. die ihr durch das Recht der Europäischen Union garantiertes Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit oder Niederlassungsfreiheit in Anspruch genommen haben und auf die aus folgenden Gründen das System der sozialen Sicherheit Belgiens auf der Grundlage der Bestimmungsregeln der Verordnung (EG) Nr. 883/04 anwendbar ist:

a) sie sind entweder bei einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Betriebssitz im deutschen Sprachgebiet hat, bzw. üben auf dem deutschen Sprachgebiet eine selbstständige Tätigkeit aus, und sie haben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 Anspruch auf Leistungen gemäß vorliegendem Dekret, oder

b) sie beziehen eine belgische Rente, sie waren zuletzt bei einem Arbeitgeber beschäftigt, dessen Betriebssitz im deutschen Sprachgebiet liegt, bzw. haben zuletzt auf dem deutschen Sprachgebiet eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt, und sie haben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 Anspruch auf Leistungen gemäß vorliegendem Dekret;

2. die in den Artikeln 7 oder 9 aufgeführten Gewährungsbedingungen erfüllen.

§ 3 - Vorliegendes Dekret ist ebenfalls anwendbar auf Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums, der Schweiz oder im Vereinigten Königreich haben und:

1. in eine der beiden folgenden Situationen fallen:

a) sie sind entweder bei einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Betriebssitz im deutschen Sprachgebiet hat, bzw. üben auf dem deutschen Sprachgebiet eine selbstständige Tätigkeit aus, und sie haben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 Anspruch auf Leistungen gemäß vorliegendem Dekret, oder

b) sie beziehen eine belgische Rente, sie waren zuletzt bei einem Arbeitgeber beschäftigt, dessen Betriebssitz im deutschen Sprachgebiet liegt, bzw. haben zuletzt auf dem deutschen Sprachgebiet eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt, und sie haben aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 Anspruch auf Leistungen gemäß vorliegendem Dekret;

2. die in den Artikeln 7 oder 9 aufgeführten Gewährungsbedingungen erfüllen.

§ 4 - Unbeschadet der Anwendung der §§ 1-3 gilt vorliegendes Dekret vorbehaltlich der Rechtsvorschriften der Europäischen Union und der internationalen Verträge und Protokolle.

Die Regierung wird ermächtigt, den Anwendungsbereich des vorliegenden Dekrets erforderlichenfalls in Einklang mit internationalen und europäischen Rechtsvorschriften zu bringen.

Art. 5 - Bestimmung des Wohnsitzes

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets wird der Wohnsitz einer Person wie folgt bestimmt:

1. In Belgien gilt der Ort als Wohnsitz, an dem eine Person den in Artikel 1 § 1 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente definierten Bevölkerungsregistern zufolge ihren Hauptwohntort hat oder gemäß Artikel 1 § 2 desselben Gesetzes ihre Bezugsadresse hat.

2. Im Ausland gilt der Ort als Wohnsitz, der gemäß den Dokumenten des Einwohnermeldeamts oder der für Personenstandsangelegenheiten zuständigen ausländischen Behörde oder Dienststelle als solcher ausgewiesen wird.

KAPITEL 2 — Pflegegeld für Senioren

Abschnitt 1 — Basispflegegeld

Art. 6 - Basispflegegeld

Die Regierung gewährt ein monatliches Basispflegegeld, dessen Betrag abhängig von der Pflegegeldkategorie des Seniors ist.

Die Höhe des Basispflegegelds pro Pflegegeldkategorie, wie sie in Artikel 15 des vorliegenden Dekrets definiert sind, wird wie folgt festgelegt:

1. Senioren, deren Unterstützungsbedarf der Pflegegeldkategorie 1 entspricht, erhalten ein monatliches Basispflegegeld in Höhe von 45 Euro;

2. Senioren, deren Unterstützungsbedarf der Pflegegeldkategorie 2 entspricht, erhalten ein monatliches Basispflegegeld in Höhe von 152 Euro;

3. Senioren, deren Unterstützungsbedarf der Pflegegeldkategorie 3 entspricht, erhalten ein monatliches Basispflegegeld in Höhe von 190 Euro;

4. Senioren, deren Unterstützungsbedarf der Pflegegeldkategorie 4 entspricht, erhalten ein monatliches Basispflegegeld in Höhe von 268 Euro.

Art. 7 - Gewährungsbedingungen

Das Basispflegegeld wird jedem Senior gewährt, der das Pensionsalter überschritten hat und dem eine Pflegegeldkategorie zugewiesen wurde.

*Abschnitt 2 — Sozialzuschlag***Art. 8 - Sozialzuschlag**

Die Regierung gewährt einen monatlichen Sozialzuschlag, dessen Betrag abhängig von der Pflegegeldkategorie des Seniors ist.

Die Höhe des Sozialzuschlags pro Pflegegeldkategorie, wie sie in Artikel 15 des vorliegenden Dekrets definiert sind, wird wie folgt festgelegt:

1. Senioren, deren Unterstützungsbedarf der Pflegegeldkategorie 1 entspricht, erhalten einen monatlichen Sozialzuschlag in Höhe von 30 Euro;
2. Senioren, deren Unterstützungsbedarf der Pflegegeldkategorie 2 entspricht, erhalten einen monatlichen Sozialzuschlag in Höhe von 102 Euro;
3. Senioren, deren Unterstützungsbedarf der Pflegegeldkategorie 3 entspricht, erhalten einen monatlichen Sozialzuschlag in Höhe von 127 Euro;
4. Senioren, deren Unterstützungsbedarf der Pflegegeldkategorie 4 entspricht, erhalten einen monatlichen Sozialzuschlag in Höhe von 179 Euro.

Art. 9 - Gewährungsbedingungen

Der Sozialzuschlag wird jedem Senior gewährt, der Anrecht auf das Basispflegegeld und auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung gemäß Artikel 37 § 19 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung hat.

*Abschnitt 3 — Gemeinsame Bestimmungen***Art. 10 - Unvereinbarkeiten mit dem Pflegegeld**

Das Anrecht auf das Pflegegeld wird für den Zeitraum, in dem der Senior eine Beihilfe zur Ersetzung des Einkommens oder eine Eingliederungsbeihilfe im Sinne des Artikels 2 § 1 und § 2 des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung bezieht, ausgesetzt, insofern die vorerwähnte Beihilfe den Betrag des Pflegegeldes übersteigt.

Insofern der Senior eine Beihilfe, resultierend aus einer Invalidität, einem Arbeitsunfall oder einer anerkannten Berufserkrankung, bezieht, wird das Anrecht auf das Pflegegeld für den Zeitraum des Bezugs dieser Beihilfe um den Betrag dieser Beihilfe gemindert.

Die Regierung bestimmt die Art und Weise der Aussetzung oder Minderung des Pflegegeldes.

Art. 11 - Revision des Anrechts

Das Anrecht auf das Pflegegeld kann auf Antrag des Antragstellers oder von Amts wegen revidiert werden.

Die Regierung bestimmt:

1. in welchen Fällen, durch wen und wie ein Antrag auf Revision gestellt werden kann sowie den Zeitpunkt, ab dem die diesbezügliche Entscheidung ihre Rechtswirkung entfaltet;
2. in welchen Fällen, durch wen und wie eine Revision von Amts wegen erfolgt sowie den Zeitpunkt, ab dem die diesbezügliche Entscheidung ihre Rechtswirkung entfaltet.

Art. 12 - Indexierung

Die Regierung bestimmt die Indexierungsmodalitäten der verschiedenen Leistungen.

Art. 13 - Zeitpunkt der Eröffnung und des Erlöschens des Anrechts

Das Anrecht auf das Pflegegeld wird bei einem Erstantrag rückwirkend zum Datum der Antragstellung eröffnet, insofern zu diesem Zeitpunkt die Gewährungsbedingungen erfüllt sind.

Je nachdem, ob sich eine Änderung vorteilhaft oder nachteilhaft für den Senior auswirkt, wirken Änderungen wie folgt:

1. bei Ereignissen, die sich vorteilhaft für den Senior auswirken: ab dem Monat, in dem dieses Ereignis stattgefunden hat;
2. bei Ereignissen, die sich nachteilig für den Senior auswirken: ab dem ersten Tag des darauffolgenden Monats.

Das Anrecht auf das Pflegegeld erlischt am ersten Tag des Monats nach demjenigen, in dem seine jeweiligen Bedingungen nicht mehr erfüllt sind. Das Anrecht auf Pflegegeld erlischt auf jeden Fall, wenn der Senior verstirbt oder als verschollen erklärt wird.

Art. 14 - Zusammentreffen von gleichartigen Leistungen

Vorbehaltlich der Bestimmungen geltender Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Teilstaaten und unbeschadet der Anwendung der Rechtsvorschriften der Europäischen Union wird das Pflegegeld nicht gewährt, wenn der Senior bereits eine mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistung aufgrund anderer Gesetze, Dekrete, Ordonnanzen, verordnungsrechtlicher Bestimmungen oder aufgrund ausländischer Rechtsvorschriften erhält.

Als mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistungen gelten in jedem Fall die durch die Teilstaaten in Form oder in Nachfolge der im Gesetz vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung vorgesehenen Beihilfen zur Unterstützung von Betagten gewährten Leistungen.

Unbeschadet des Absatzes 2 kann die Regierung neben den dort vorgesehenen vergleichbaren Leistungen weitere mit dem Pflegegeld vergleichbare Leistungen festlegen und verdeutlichen.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten bei Zusammentreffen von mit dem Pflegegeld vergleichbaren Leistungen.

KAPITEL 3 — *Bestimmung der Pflegegeldkategorien***Art. 15** - Pflegegeldkategorien

Die Pflegegeldkategorien sind abhängig vom Grad der Beeinträchtigung der Autonomie des Seniors und werden wie folgt eingeteilt:

1. Pflegegeldkategorie 1: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI-Screeners in den Modulen IATL (Instrumentale Aktivitäten des täglichen Lebens) und ATL (Aktivitäten des täglichen Lebens) zusammen ein Wert von mindestens 3 erreicht wird;

2. Pflegegeldkategorie 2: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI-Screeners ein Wert zwischen 6 und 12,99 erreicht wird;

3. Pflegegeldkategorie 3: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI-Screeners ein Wert zwischen 13 und 30 oder in den Modulen IATL (Instrumentale Aktivitäten des täglichen Lebens) und ATL (Aktivitäten des täglichen Lebens) zusammen ein Wert von mindestens 6 erreicht wird;

4. Pflegegeldkategorie 4: diese Pflegegeldkategorie wird erteilt, wenn im Rahmen des BelRAI-Screeners ein Wert zwischen 13 und 30 und mindestens ein Wert zwischen 5 und 18 in den Modulen Kognition, Psychische Störungen und Verhaltensstörungen erreicht wird.

Die Dienststelle bestimmt den Unterstützungsbedarf auf Grundlage des BelRAI-Screeners.

Die Regierung legt das Verfahren fest, gemäß dem die Dienststelle den Unterstützungsbedarf bestimmt.

KAPITEL 4 — *Gewährungs- und Rückforderungsverfahren**Abschnitt 1* — Gemeinsame Bestimmungen**Art. 16** - Abweichung von der Charta des Sozialversicherten

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind in Abweichung der Bestimmungen des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten anwendbar.

Abschnitt 2 — Anträge**Art. 17** - Einreichen des Antrags

Das Pflegegeld wird auf Antrag ausgezahlt.

Die Regierung übermittelt dem Antragsteller eine Empfangsbestätigung oder die Bestätigung, dass sein Anrecht untersucht wird, oder händigt ihm diese Bestätigungen aus. Jede Empfangsbestätigung muss die vorgesehene Frist für die Bearbeitung des Antrags sowie die zu berücksichtigende Verjährungsfrist enthalten. Eine Zahlung oder eine Bitte um zusätzliche Auskünfte gilt als Empfangsbestätigung.

Die Regierung bestimmt:

1. den Inhalt des Antrags auf Pflegegeld;
2. die Form und die Art und Weise der Antragstellung.

Art. 18 - Bearbeitung des Antrags

Die Regierung trägt bei der Bearbeitung des Antrags auf eigene Initiative alle notwendigen Auskünfte zusammen, um die Rechte des Seniors beurteilen zu können. In Ermangelung dieser Auskünfte fordert sie diese gemäß den Modalitäten, die sie festlegt, beim Antragsteller ein.

Wenn der Antragsteller diese Auskünfte nicht innerhalb eines Monats erteilt, werden ihm zwei Erinnerungsschreiben zugesandt. Wenn der Antragsteller die beantragten zusätzlichen Auskünfte trotz Erinnerungsschreiben nach mehr als einem Monat ab Versand des zweiten Erinnerungsschreibens immer noch nicht erteilt hat, lehnt die Regierung den Antrag ab, es sei denn, der Antragsteller gibt einen Grund an, der eine längere Beantwortungsfrist rechtfertigt.

Die Regierung bestimmt das weitere Bearbeitungsverfahren und insbesondere:

1. die Art und Weise, wie und durch wen der Antrag bearbeitet wird;
2. welche Informationen der Antragsteller bei einer Veränderung seiner Situation in welcher Form und in welcher Frist beibringt.

Abschnitt 3 — Beschlüsse**Art. 19** - Frist zur Beschlussfassung

Die Regierung fasst ihren Beschluss innerhalb von 60 Werktagen nach Empfang des in Artikel 17 erwähnten Antrags.

Wenn die Regierung innerhalb dieser Frist keinen Beschluss fassen kann, setzt sie den Antragsteller davon in Kenntnis und begründet diese Verspätung. Die Beschlussfassungsfrist wird dadurch nicht verlängert.

Erfordert der Antrag den Rückgriff auf eine Einrichtung, die der Zuständigkeit eines anderen Gliedstaats unterliegt, wird dieser durch die Regierung vorgenommen. Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt.

Die Beschlussfassungsfrist wird ausgesetzt, solange der Antragsteller oder eine Einrichtung, die der Zuständigkeit eines anderen Gliedstaats unterliegt, der Regierung nicht alle von ihr beantragten Auskünfte, die für die Beschlussfassung notwendig sind, erteilt hat.

Art. 20 - Notifizierung von Beschlüssen

Die Regierung setzt den Antragsteller spätestens zum Zeitpunkt der Ausführung von jedem Beschluss, der ihn betrifft, in Kenntnis.

Unbeschadet der Anwendung anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen erfolgt die Notifizierung schriftlich an den Antragsteller.

Die Regierung bestimmt:

1. die Modalitäten und Fristen für die Notifizierung;
2. die Fälle, in denen die Notifizierung nicht erfolgen muss oder in denen sie zum Zeitpunkt der Ausführung stattzufinden hat;
3. die Fälle, in denen die Notifizierung per Einschreiben erfolgt.

Art. 21 - Berechnungsmodus

In Beschlüssen über die Gewährung des Pflegegeldes, die sich auf Geldbeträge beziehen, wird vermerkt, wie diese Beträge berechnet worden sind.

Die Regierung legt die Pflichtvermerke fest, die auf den Zahlungsformularen stehen müssen.

Art. 22 - Inhaltliche Vorgaben der Beschlüsse Die Notifizierung von Beschlüssen über die Gewährung oder Verweigerung des Pflegegeldes enthält folgende Vermerke:

1. die Möglichkeit, beim zuständigen Gericht Einspruch einzureichen;
2. die Adresse der zuständigen Rechtsprechungsorgane;
3. die im Fall eines Einspruchs zu respektierenden Fristen und Modalitäten;
4. den Inhalt der Artikel 728 und 1017 des Gerichtsgesetzbuches;
5. die Kennzeichnung der Akte und die Angaben des Mitarbeiters oder des Dienstes, der sie verwaltet;
6. die Möglichkeit, bei dem Dienst, der die Akte verwaltet, oder bei einem dazu bestimmten Informationsdienst jegliche Erklärung betreffend den Beschluss zu erhalten.

Enthält die Notifizierung die in Absatz 1 vorgesehenen Vermerke nicht, laufen die in den Artikeln 25 und 37 erwähnten Einspruchsfristen nicht an.

Art. 23 - Fehlerhafte Beschlüsse

Wird festgestellt, dass der Beschluss einen rechtlichen oder materiellen Irrtum aufweist, fasst die Regierung auf eigene Initiative einen neuen Beschluss, der an dem Datum wirksam wird, an dem der fehlerhafte Beschluss hätte wirksam werden müssen, und dies unbeschadet der anwendbaren Verjährungsbestimmungen.

Unbeschadet des Artikels 24 wird der neue Beschluss im Fall eines Irrtums der Regierung ab dem Folgemonat seiner Notifizierung wirksam, wenn das Anrecht auf das Pflegegeld geringer ist als das ursprünglich gewährte Anrecht.

Absatz 2 findet keine Anwendung, wenn der Antragsteller:

1. weiß oder wissen musste, dass er kein Anrecht oder kein Anrecht mehr auf den Gesamtbetrag einer Leistung hat;
2. nicht alle aus seinen früheren Verpflichtungen hervorgehenden oder durch eine Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmung vorgeschriebenen Erklärungen geleistet hat.

Art. 24 - Rücknahme und Neufassung von Beschlüssen

Unbeschadet der anwendbaren Verjährungsbestimmungen kann die Regierung innerhalb der Frist für das Einreichen einer Rechtsklage oder eines Einspruchs bei dem zuständigen Rechtsprechungsorgan oder, wenn bereits eine Rechtsklage oder Einspruch eingereicht worden ist, bis zur Schließung der Verhandlungen ihren Beschluss rückgängig machen und einen neuen Beschluss fassen, wenn:

1. an dem Tag, an dem die Leistung eingesetzt hat, das Anrecht durch eine Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmung abgeändert worden ist;
2. ein neuer Umstand oder neues Beweismaterial, die Auswirkungen auf die Anrechte des Antragstellers haben, im Laufe des Verfahrens geltend gemacht werden.

Art. 25 - Einspruchsmöglichkeit

Der Antragsteller kann Einspruch gegen Beschlüsse über die Gewährung oder die Ablehnung seines Antrags auf Pflegegeld oder gegen einen Beschluss über eine Revision oder Revision von Amts wegen bei der Regierung einreichen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Regierung bestimmt die Einspruchsfrist und die weiteren Modalitäten des Einspruchsverfahrens.

Abschnitt 4 — Auszahlung

Art. 26 - Auszahlungsmodalitäten § 1 - Unter Berücksichtigung von Artikel 19 erfolgt die Zahlung des Pflegegeldes im Laufe des Monats, auf den es sich bezieht.

Die Regierung bestimmt das Datum der Auszahlung des Pflegegeldes.

§ 2 - Die Leistungen werden auf ein Konto des Seniors, dessen Kontonummer im SEPA-Format ausgegeben ist, überwiesen.

Bei dem in Absatz 1 erwähnten Konto handelt es sich um ein Konto, das auf den Namen des Seniors eröffnet wurde.

Die Regierung kann abweichende Zahlungsmodalitäten festlegen.

Art. 27 - Verspätete Auszahlung

Erfolgt die Zahlung des Pflegegeldes nicht ab dem in Artikel 26 vorgesehenen Zeitpunkt, setzt die Regierung den Antragsteller unbeschadet seines Rechts, die Sache vor die zuständigen Rechtsprechungsorgane zu bringen, davon in Kenntnis und begründet diese Verspätung.

Solange die Zahlung nicht erfolgt ist, wird der Antragsteller monatlich über die Gründe dieser Verspätung informiert.

Art. 28 - Aussetzung der Auszahlung

Unbeschadet des in Artikel 32 erwähnten Rechts auf Rückforderung kann die Auszahlung bei ernsthaften und übereinstimmenden Anhaltspunkten, dass die Informationen, die der Antragsteller zum Erhalt des Pflegegeldes übermittelt hat, auf Betrug, arglistige Täuschung oder betrügerische Handlungen zurückgehen oder falsch sind, ausgesetzt werden. Diese Aussetzung kann so lange aufrechterhalten werden, bis der Verdacht nicht mehr besteht, jedoch höchstens sechs Monate, wobei die Frist einmal erneuert werden kann.

Art. 29 - Verrechnung mit ausländischen Sachleistungen

Unbeschadet der im deutschen Sprachgebiet geltenden Bestimmungen der internationalen Abkommen und europäischen Verordnungen über die soziale Sicherheit wird der Betrag des Pflegegeldes um den Betrag gleichartiger Sachleistungen reduziert, die der Senior in Anwendung anderer ausländischer Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen oder aufgrund der auf das Personal einer völkerrechtlichen Einrichtung anwendbaren Regeln erhält, selbst wenn die Gewährung dieser Leistungen aufgrund der vorerwähnten Bestimmungen oder Regeln in Anwendung des vorliegenden Dekrets als Ergänzung zum Pflegegeld gilt.

Die Regierung bestimmt die Höhe des provisorisch auszuzahlenden Differenzbetrags des Pflegegeldes für die Fälle, in denen die Höhe des Betrags der ausländischen Sachleistungen noch nicht bekannt ist.

Art. 30 - Überschreitung der Beschlussfassungsfrist

Wird der in Artikel 19 erwähnte Beschluss durch Verschulden der Regierung nicht innerhalb der dort vorgegebenen Frist gefasst, bringen die Leistungen dem anspruchsberechtigten Antragsteller von Rechts wegen spätestens ab dem Ablauf dieser Beschlussfassungsfrist und frühestens ab dem Datum ihrer Fälligkeit Zinsen ein. Der anwendbare Zinssatz beträgt 1,75 % pro Jahr auf die geschuldeten Leistungen.

Die in Absatz 1 erwähnten Zinsen werden nicht geschuldet, wenn Vorschüsse gezahlt werden und der endgültige Beschluss von Informationen abhängt, die vom Antragsteller selbst oder von einer Einrichtung, die der Zuständigkeit einer anderen Gebietskörperschaft unterliegt, erteilt werden müssen.

Art. 31 - Vorschüsse

Das Pflegegeld kann in Form eines Vorschusses gezahlt werden.

Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen, unter denen ein Vorschuss gezahlt werden kann;
2. wie, durch wen und bis zu welchem Betrag Vorschüsse gewährt werden können;
3. die Art und Weise, wie die Vorschüsse mit dem gewährten Pflegegeld verrechnet werden.

*Abschnitt 5 — Rückforderung***Art. 32 - Bedingungen**

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 36 fordert die Regierung das Pflegegeld zurück, wenn sie feststellt, dass es zu Unrecht ausgezahlt wurde. Das Pflegegeld gilt als zu Unrecht ausgezahlt, wenn:

1. die Informationen, die zum Erhalt des Pflegegeldes geführt haben, betrügerisch oder falsch sind oder
2. der Senior Pflegegeld aufgrund des vorliegenden Dekrets bezogen hat, obwohl er nicht oder nicht mehr in dessen Anwendungsbereich fällt.

Art. 33 - Verfahren

Artikel 1410 § 4 des Gerichtsgesetzbuches ist anwendbar auf Rückforderungen von zu Unrecht ausgezahlten Leistungen. Unter Berücksichtigung von Artikel 1410 § 4 des Gerichtsgesetzbuches wird das Pflegegeld zurückgefordert, indem noch ausstehende Leistungen ganz oder teilweise einbehalten werden.

Wenn die Beträge nicht gemäß Absatz 1 zurückgefordert werden konnten, fordert die Regierung die zu Unrecht ausgezahlten Leistungen beim Senior ein. In Ermangelung einer Rückzahlung leitet die Regierung gerichtliche Schritte zur Rückforderung der Beträge gegen den Senior ein.

Die Regierung bestimmt:

1. die Modalitäten der Aufforderung zur Rückzahlung;
2. die Modalitäten und Fristen für die Einleitung der gerichtlichen Schritte.

Art. 34 - Notifizierung

Die Notifizierung von Beschlüssen zur Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Leistungen enthält zusätzlich zu den in Artikel 22 Absatz 1 des vorliegenden Dekrets erwähnten Vermerken folgende Angaben:

1. die Feststellung, dass Beträge zu Unrecht gezahlt wurden;
2. den Gesamtbetrag der zu Unrecht ausgezahlten Beträge sowie den Berechnungsmodus;
3. den Inhalt der Bestimmungen, gegen die die Zahlung des zu Unrecht ausgezahlten Betrags verstößt, mit den entsprechenden Verweisen;
4. die berücksichtigte Verjährungsfrist;
5. gegebenenfalls die Möglichkeit für die Regierung, auf die Rückforderung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge und auf das in diesem Fall zu befolgende Verfahren zu verzichten;
6. die Möglichkeit, einen mit Gründen versehenen Vorschlag für eine Rückzahlung in Teilzahlungen vorzulegen.

Enthält die Notifizierung die in Artikel 22 Absatz 1 des vorliegenden Dekrets vorgesehenen Vermerke nicht, läuft die in Artikel 38 erwähnte Einspruchsfrist nicht an

Art. 35 - Nichteintreibung

§ 1 - Erweist sich die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge als technisch nicht möglich, kann die Regierung in den von ihr bestimmten Fällen die entsprechenden zurückzufordernden Beträge als nicht eintreibbar erklären.

§ 2 - Sind die Eintreibungskosten für die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge höher als die einzutreibenden Beträge, kann die Regierung in den von ihr festgelegten Grenzen entweder von gerichtlichen Schritten zur Rückforderung dieser Beträge oder von der Rückforderung dieser Beträge durch Zwangsvollstreckung absehen und die entsprechenden zurückzufordernden Beträge als nicht eintreibbar erklären.

Die Regierung kann in den von ihr festgelegten Grenzen von der Rückforderung geringer Beträge absehen, wenn diese Beträge nicht durch Einbehaltung auf die noch ausstehenden Leistungen zurückgefordert werden können.

§ 3 - Die Regierung kann aus sozialen Gründen zurückzufordernde Beträge ganz oder teilweise als nicht eintreibbar erklären, wenn:

1. der Antragsteller einen Antrag auf Verzicht der Rückforderung stellt;
2. der zu Unrecht ausgezahlte Betrag nicht auf einen auf Betrug, arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder auf eine in Artikel 23 Absatz 3 erwähnte Verfehlung des Antragstellers zurückgeht.

Die Regierung bestimmt das Verfahren und die Modalitäten des Verzichts auf Rückforderung aus sozialen Gründen.

§ 4 - Außer bei Betrug, arglistiger Täuschung oder betrügerischen Handlungen werden zurückzufordernde Beträge von Amts wegen als nicht eintreibbar erklärt, wenn die Person, an die sie gezahlt worden sind, verstorben oder für verschollen erklärt worden ist und die Rückforderung ihr zum Zeitpunkt ihres Todes noch nicht notifiziert wurde.

§ 5 - Die Regierung fordert zu Unrecht ausgezahlte Beträge nicht zurück, wenn die Auszahlung auf einen Fehler der Regierung zurückgeht.

Art. 36 - Rückgriff auf die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen

Die zurückzufordernden Beträge können gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begetrieben werden.

In diesem Fall sind die Artikel 33 und 35 nicht anwendbar.

Abschnitt 6 — Verjährung

Art. 37 - Verjährungsfrist für die Einforderung des Pflegegelds

§ 1 - Anträge und Rechtsklagen von Personen, denen das Pflegegeld zusteht oder ausgezahlt werden muss, werden innerhalb einer Frist von drei Jahren, gerechnet ab dem ersten Tag des Monats, in dem das Anrecht eröffnet wird, eingereicht.

§ 2 - Unbeschadet der im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Gründe wird die Verjährungsfrist ebenfalls durch Versendung eines Antrags oder eines Einspruchs per Post, per Fax oder per elektronische Post an die Regierung oder durch Hinterlegung eines solchen Antrags bzw. eines solchen Einspruchs bei der Regierung unterbrochen. Die Unterbrechung wird wirksam am Datum des Einschreibens, wobei das Datum des Poststempels zählt, oder, in Ermangelung dessen, am Datum der Empfangsbescheinigung, die die Regierung der Person, die die Leistungen beantragt oder Anspruch darauf erhebt, ausstellt.

Die Unterbrechung gilt für drei Jahre. Sie kann erneuert werden.

Art. 38 - Verjährungsfrist für die Rückforderung des Pflegegelds

Unrechtmäßig ausgezahltes Pflegegeld kann nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren, gerechnet ab dem ersten Tag des Monats, auf den sich die unrechtmäßige Zahlung bezogen hat, nicht mehr zurückgefordert werden.

Unbeschadet der im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Gründe wird die Verjährungsfrist ebenfalls durch die Rückforderung unrechtmäßig ausgezahlter Beträge, die dem Schuldner per Einschreiben übermittelt wird, unterbrochen.

KAPITEL 5 — VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 39 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 40 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 41 ist die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 42 erwähnten personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Die Regierung gilt für ihre Verarbeitung als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung der in den Kapitel 2, 3, und 4 aufgeführten Aufgaben. Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 41 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt.

Art. 42 - Datenkategorien

Für die Ausführung ihrer Aufträge gemäß Artikel 40 Absatz 2 können die Regierung und die anderen an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligten Personen personenbezogene Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. in Bezug auf den Senior:
 - a) Daten zur Identität, zum Alter und Kontaktangaben, zum Todesdatum oder zum Verschollenheitsdatum;
 - b) Daten zur Gesundheit;
 - c) Daten zum Versicherungsstatus;

- d) Kontodaten;
- e) Daten zu Versicherungsleistungen im Ausland;
- f) Daten zu Beihilfen im Inland;

2. Daten zur Identifizierung des Antragstellers oder der bevollmächtigten Kontaktperson des Antragstellers.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien.

Art. 43 - Dauer der Datenverarbeitung

Die in Artikel 42 erwähnten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, wie folgt aufbewahrt:

1. für einen Senior, der nie tatsächlich Anrecht auf die Auszahlung des Pflegegeldes hatte, während fünf Jahren nach dem Ende des Monats, in dem der Antrag auf Pflegegeld gestellt wurde;
2. für einen Senior, der Anrecht auf die Auszahlung des Pflegegeldes hatte, während fünf Jahren ab dem Ende des Monats, in dem zum letzten Mal Anrecht bestand;
3. für einen Senior, für den ein administratives oder gerichtliches Verfahren anhängig ist, während fünf Jahren ab dem Ende des Monats, in dem das Verfahren beendet wurde.

Art. 44 - Weitergabe an Dritte

Folgende personenbezogene Daten können an die in Absatz 2 erwähnten Einrichtungen übermittelt werden:

1. in Bezug auf den Senior:

- a) Daten zur Identität, zum Alter und Kontaktangaben;
- b) Daten zur Gesundheit;
- c) Daten zum Versicherungsstatus;
- d) Daten zum Pflegegeld;
- e) Kontodaten;

2. Daten zur Identifizierung des Antragstellers oder der bevollmächtigten Kontaktperson des Antragstellers.

Die in Absatz 1 erwähnten Daten werden folgenden Einrichtungen und Behörden zu folgenden Zwecken übermittelt:

1. der Dienststelle zwecks Bestimmung des Unterstützungsbedarfs;
2. öffentlichen Sozialhilfezentren für folgende Zwecke:
 - a) insofern der Senior die Zahlung eines Vorschusses auf das Pflegegeld über ein öffentliches Sozialhilfezentrum beantragt hat zwecks Auszahlung des Vorschusses;
 - b) insofern ein öffentliches Sozialhilfezentrum den Senior begleitet oder betreut zwecks Information, dass ein Anrecht auf Pflegegeld besteht;
3. ausländischen Versicherungsträgern im Rahmen des Abgleichs von Rechten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 883/2004;
4. der zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit im Fall der Eröffnung des Anrechts zwecks Übermittlung der Daten an Einrichtungen und Behörden, die durch oder aufgrund eines Gesetzes, eines Dekrets oder einer Ordonnanz mit einem Auftrag öffentlichen Interesses betraut sind, sofern diese Übermittlung für die Ausführung des Auftrags öffentlichen Interesses der betreffenden Behörden oder Einrichtungen erforderlich ist und insofern dies für die Eröffnung von abgeleiteten Rechten aus dem Pflegegeld, für ausschließende Rechte oder für die Begleitung und Betreuung des Seniors im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erforderlich ist.

Art. 45 - Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Regierung greift zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf pseudonymisierte Daten über die Anzahl bearbeiteter Anträge zurück. Diese sind aufgeteilt nach:

1. Gewährung und Ablehnung nach Leistung;
2. Alter und Pflegegeldkategorie der Senioren.

Art. 46 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 6 — *Strafbestimmungen*

Art. 47 - Fälschung und Gebrauch gefälschter Urkunden

Wird mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro bestraft, wer mit dem Ziel, eine unrechtmäßige Auszahlung des Pflegegeldes zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen:

1. Urkundenfälschung begangen hat entweder durch Fälschung von Unterschriften oder durch Nachmachen oder Verfälschen von Urkunden oder Unterschriften oder durch Anfertigung von Vereinbarungen, Verfügungen, Verbindlichkeiten oder Entlastungen bzw. durch ihre Aufnahme in eine Urkunde oder durch Hinzufügung oder Verfälschung von Klauseln, Erklärungen oder Umständen, die diese Urkunde enthalten oder feststellen sollte;
2. von einer gefälschten Urkunde oder von einem gefälschten Schriftstück Gebrauch gemacht hat;
3. eine Fälschung begangen hat, indem er Daten, die durch ein Datenverarbeitungssystem gespeichert, verarbeitet oder übertragen werden, in ein Datenverarbeitungssystem eingegeben, geändert oder gelöscht hat oder indem er mit anderen technologischen Mitteln die mögliche Verwendung der Daten in einem Datenverarbeitungssystem geändert hat, wodurch die rechtliche Tragweite solcher Daten verändert wurde;
4. von den auf diese Weise erhaltenen Daten Gebrauch gemacht hat, wohl wissend, dass sie gefälscht sind.

Art. 48 - Unrichtige oder unvollständige Erklärungen

Wird gemäß Artikel 47 bestraft, wer wissentlich und willentlich:

1. eine unrichtige oder unvollständige Erklärung abgegeben hat, um eine unrechtmäßige Auszahlung des Pflegegelds zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen;
2. versäumt oder sich geweigert hat, eine Erklärung, zu der er verpflichtet ist, abzugeben oder die Informationen, die er erteilen muss, zu erteilen, um eine unrechtmäßige Auszahlung des Pflegegelds zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen;
3. infolge einer in Nummer 1 erwähnten Erklärung, des Versäumnisses oder der Weigerung, eine Erklärung abzugeben oder Informationen zu erteilen, die in Nummer 2 erwähnt sind, oder einer in Artikel 47 erwähnten Urkunde bzw. Handlung eine Leistung, auf die er keinen Anspruch oder nur teilweise Anspruch hatte, erhalten hat.

Art. 49 - Betrug

Wird gemäß Artikel 47 bestraft, wer mit dem Ziel, eine unrechtmäßige Auszahlung des Pflegegelds zu erlangen bzw. erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten bzw. aufrechterhalten zu lassen, falsche Namen, falsche Eigenschaften oder falsche Adressen gebraucht hat oder jede andere betrügerische Handlung angewandt hat, um das Vorhandensein einer nicht bestehenden Person, einer nicht bestehenden Einrichtung oder jedes anderen fiktiven Ereignisses vorzutäuschen oder um auf andere Weise das Vertrauen zu missbrauchen.

Art. 50 - Zuschlagzehntel

Die in Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 5. März 1952 über die Zuschlagzehntel auf strafrechtliche Geldbußen erwähnten Zuschlagzehntel sind auf die im vorliegenden Kapitel erwähnten administrativen Geldbußen anwendbar.

Im Fall einer administrativen Geldbuße gibt die Regierung in ihrer Entscheidung die Multiplikation infolge des vorerwähnten Gesetzes vom 5. März 1952 und die sich aus dieser Erhöhung ergebende Zahl an.

Art. 51 - Bei der Ahndung der Verstöße anwendbare Regeln

Bei der Ahndung der in vorliegendem Kapitel erwähnten Verstöße sind die Bestimmungen aus Buch I Titel 6 Kapitel 3 und 4 des Sozialstrafgesetzbuchs anwendbar.

Die Strafverfolgung schließt die Anwendung einer administrativen Geldbuße aus, selbst wenn die Verfolgung zu einem Freispruch führt.

KAPITEL 7 — *Schlussbestimmungen***Art. 52 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 580 Nummer 8 des Gerichtsgesetzbuches vom 10. Oktober 1967, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. April 2018, wird folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren;“

Art. 53 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung, ersetzt durch das Gesetz vom 22. Dezember 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 24. Dezember 2002, werden die Wortfolgen „et l'allocation pour l'aide aux personnes âgées“ und „en de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden“ jeweils gestrichen.

Art. 54 - Abänderungsbestimmung

Artikel 2 § 3 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 9. Juli 2004, wird aufgehoben.

Art. 55 - Abänderungsbestimmung

Artikel 6 § 3 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 24. Dezember 2002, wird aufgehoben.

Art. 56 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 7 § 1 Absatz 3 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 9. Juli 2004,

werden die Wortfolgen „ou d'une allocation pour l'aide aux personnes âgées“ und „of een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden“ jeweils gestrichen.

Art. 57 - Abänderungsbestimmung

Artikel 8 § 1 Absatz 4 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Gesetz vom 24. Dezember 2002, wird aufgehoben.

Art. 58 - Übergangsbestimmung

Senioren, die im Dezember 2022 eine Beihilfe zur Unterstützung von Betagten aufgrund des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung erhalten, erhalten ab dem 1. Januar 2023 weiterhin den Betrag, auf den sie aufgrund von Artikel 6 § 3 desselben Gesetzes Anrecht hatten.

Dieser Betrag ist nicht mehr den in Artikel 6 § 5 desselben Gesetzes und nicht den aufgrund des Artikels 12 festgelegten Indexierungsmodalitäten unterworfen.

Dieser Betrag wird anstelle der aufgrund der Artikel 6 und 8 gewährten Leistungen gezahlt, bis die Summe der aufgrund der Artikel 6 und 8 erwähnten Leistungen, auf die der in Absatz 1 erwähnte Senior Anrecht hat, vorteilhafter ist als der in Absatz 1 ermittelte Betrag.

Die Prüfung, welcher Betrag mit Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets vorteilhafter im Sinne von Absatz 3 ist, erfolgt spätestens bis zum 30. Juni 2023. Bis zur Durchführung dieser Prüfung wird der in Absatz 1 erwähnte Betrag weitergezahlt. Sollte die Prüfung ergeben, dass die in den Artikeln 6 und 8 erwähnten Leistungen in diesem Zeitraum vorteilhafter waren, nimmt die Regierung eine entsprechende Nachzahlung vor.

Sobald eine der in Absatz 3 erwähnten Situationen eintritt, werden die aufgrund der Artikel 6 und 8 gewährten Leistungen gemäß den in vorliegendem Dekret festgelegten Modalitäten ausgezahlt.

Art. 59 - Übergangsbestimmung

Alle Anträge auf eine Beihilfe zur Unterstützung von Betagten, die ab dem 1. Dezember 2022 eingereicht werden, werden ab dem 1. Januar 2023 gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets bearbeitet, wobei das Anrecht auf Pflegegeld erst ab dem 1. Januar 2023 eröffnet wird.

Art. 60 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 27. Juni 2022

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,
Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2021-2022

Nummerierte Dokumente: 203 (2021-2022) Nr. 1 Dekretentwurf

203 (2021-2022) Nr. 2 Bericht

203 (2021-2022) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 27. Juni 2022 - Nr. 45 Diskussion und Abstimmung

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/204377]

27 JUIN 2022. — Décret relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Objet

L'allocation de soins est une aide financière non affectée, accordée aux personnes âgées dépendantes, liquidée périodiquement et qui vise à renforcer l'autonomie de ces personnes et à les aider à mener une vie autodéterminée.

Art. 2. Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3. Définitions

Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1° demandeur : toute personne physique qui a droit à une allocation de soins et qui prétend ou peut prétendre à ce droit, ses représentants légaux et ses mandataires ainsi que l'allocataire effectif ou probable de l'allocation de soins;

2° BelRAI screener : instrument d'évaluation global étayé scientifiquement, basé sur le Resident Assessment Instrument au niveau international. Il s'agit d'un instrument électronique validé qui génère des informations standardisées sur la personne dépendante, âgée ou non, afin d'améliorer l'encadrement;

3° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE;

4° Office : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

5° allocation de soins : l'allocation de base mentionnée au chapitre 2 et le supplément social;

6° personne âgée : toute personne qui a dépassé l'âge de la retraite et a droit à une allocation de soins;

7° entités fédérées : la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission communautaire commune ou la Commission communautaire française;

8° règlement (CE) n° 883/2004 : le règlement (CE) n° 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale.

Art. 4. Champ d'application

§ 1^{er} - Le présent décret s'applique aux personnes qui :

1° sont domiciliées en région de langue allemande;

2° remplissent les conditions d'octroi énumérées aux articles 7 ou 9.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le présent décret ne s'applique pas aux personnes qui sont domiciliées en région de langue allemande et :

1° qui, en vertu des dispositions réglementaires du règlement (CE) n° 883/2004, sont soumises à la législation d'un autre État membre de l'Union européenne en ce qui concerne la sécurité sociale, ou

2° qui sont soumises au système de sécurité sociale d'un autre État contractant de l'Espace économique européen, de la Suisse ou du Royaume-Uni, ou

3° qui ne sont pas soumises à la sécurité sociale belge en raison de dispositions légales européennes ou d'un accord ou protocole international.

§ 2 - Sous réserve de l'application des accords de coopération à cet égard, le présent décret s'applique également aux personnes qui sont domiciliées en région de langue française, en région de langue néerlandaise ou dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale et :

1° qui ont exercé leur droit à la libre circulation des travailleurs ou à la liberté d'établissement garanti par le droit de l'Union européenne et auxquelles le régime de sécurité sociale de la Belgique est applicable sur la base des dispositions réglementaires du règlement (CE) n° 883/2004, pour les raisons suivantes :

a) elles sont occupées auprès d'un employeur ayant son siège en région de langue allemande ou exercent une activité indépendante en région de langue allemande, selon le cas, et ont, en vertu du règlement (CE) n° 883/2004 droit à des prestations conformément au présent décret; ou bien

b) elles perçoivent une pension de retraite belge, étaient en dernier lieu occupées auprès d'un employeur ayant son siège en région de langue allemande ou exerçaient en dernier lieu une activité indépendante en région de langue allemande, selon le cas, et ont, en vertu du règlement (CE) n° 883/2004 droit à des prestations conformément au présent décret;

2° qui remplissent les conditions d'octroi énumérées aux articles 7 ou 9.

§ 3 - Le présent décret est également applicable aux personnes domiciliées dans un autre État membre de l'Union européenne, dans un autre État contractant de l'Espace économique européen, en Suisse ou au Royaume-Uni et :

1° qui se trouvent dans l'une des deux situations suivantes :

a) elles sont occupées auprès d'un employeur ayant son siège en région de langue allemande ou exercent une activité indépendante en région de langue allemande, selon le cas, et ont, en vertu du règlement (CE) n° 883/2004 droit à des prestations conformément au présent décret; ou bien

b) elles perçoivent une pension de retraite belge, étaient en dernier lieu occupées auprès d'un employeur ayant son siège en région de langue allemande ou exerçaient en dernier lieu une activité indépendante en région de langue allemande, selon le cas, et ont, en vertu du règlement (CE) n° 883/2004 droit à des prestations conformément au présent décret;

2° qui remplissent les conditions d'octroi énumérées aux articles 7 ou 9.

§ 4 - Sans préjudice de l'application des §§ 1^{er} à 3, le présent décret s'applique sous réserve de la législation de l'Union européenne et des traités et protocoles internationaux.

Le Gouvernement est autorisé à mettre, si nécessaire, le champ d'application du présent décret en conformité avec les législations internationale et européenne.

Art. 5. Fixation du domicile

Pour l'application du présent décret, le domicile d'une personne est fixé comme suit :

1° en Belgique vaut comme domicile le lieu où une personne a établi sa résidence principale selon le registre de la population déterminé en vertu de l'article 1^{er}, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, de la loi du 19 juillet 1991 relative aux registres de la population, aux cartes d'identité, aux cartes d'étranger et aux documents de séjour ou a son adresse de référence conformément à l'article 1^{er}, § 2, de la même loi;

2° pour l'étranger vaut comme domicile le lieu figurant sur les documents du Service population ou de l'administration ou du service étrangers compétents en matière d'état civil.

CHAPITRE 2. — Allocation de soins pour personnes âgées

Section 1^{re}. — Allocation de base

Art. 6. Allocation de base

Le Gouvernement octroie une allocation de base mensuelle dont le montant dépend de la catégorie d'allocation de soins dont relève la personne âgée.

Le montant de l'allocation de base par catégorie d'allocation de soins, telles que définies à l'article 15 du présent décret, est fixé comme suit :

1° les personnes âgées dont les besoins correspondent à la catégorie d'allocation de soins 1 reçoivent une allocation de base mensuelle d'un montant de 45 euros;

2° les personnes âgées dont les besoins correspondent à la catégorie d'allocation de soins 2 reçoivent une allocation de base mensuelle d'un montant de 152 euros;

3° les personnes âgées dont les besoins correspondent à la catégorie d'allocation de soins 3 reçoivent une allocation de base mensuelle d'un montant de 190 euros;

4° les personnes âgées dont les besoins correspondent à la catégorie d'allocation de soins 4 reçoivent une allocation de base mensuelle d'un montant de 268 euros.

Art. 7. Conditions d'octroi

L'allocation de base est octroyée à toute personne âgée qui a dépassé l'âge de la retraite et qui se voit attribuer une catégorie d'allocation de soins.

Section 2 — Supplément social

Art. 8. Supplément social

Le Gouvernement octroie un supplément social mensuel dont le montant dépend de la catégorie d'allocation de soins dont relève la personne âgée.

Le montant du supplément social par catégorie d'allocation de soins, telles que définies à l'article 15 du présent décret, est fixé comme suit :

1° les personnes âgées dont les besoins correspondent à la catégorie d'allocation de soins 1 reçoivent un supplément social mensuel d'un montant de 30 euros;

2° les personnes âgées dont les besoins correspondent à la catégorie d'allocation de soins 2 reçoivent un supplément social mensuel d'un montant de 102 euros;

3° les personnes âgées dont les besoins correspondent à la catégorie d'allocation de soins 3 reçoivent un supplément social mensuel d'un montant de 127 euros;

4° les personnes âgées dont les besoins correspondent à la catégorie d'allocation de soins 4 reçoivent un supplément social mensuel d'un montant de 179 euros.

Art. 9. Conditions d'octroi

Le supplément social est accordé à toute personne âgée qui a droit à l'allocation de base et à une intervention majorée de l'assurance soins de santé conformément à l'article 37, § 19, de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994.

Section 3. — Dispositions communes

Art. 10. Incompatibilités avec l'allocation de soins

Le droit à l'allocation de soins est suspendu pendant la période où la personne âgée bénéficie d'une allocation de remplacement de revenus ou d'une allocation d'intégration au sens de l'article 2, § 1^{er} et 2 de la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux personnes handicapées, dans la mesure où l'allocation précitée est supérieure au montant de l'allocation de soins.

Dans la mesure où la personne âgée bénéficie d'une allocation résultant d'une invalidité, d'un accident du travail ou d'une maladie professionnelle reconnue, le droit à l'allocation de soins est réduit du montant de cette allocation pour la période de perception de celle-ci.

Le Gouvernement détermine les modalités concernant la suspension ou la réduction de l'allocation de soins.

Art. 11. Révision du droit

Le droit à l'allocation de soins peut être revu à la demande du demandeur ou d'office.

Le Gouvernement détermine :

1° dans quels cas une demande de révision peut être introduite, par qui et comment, ainsi que le moment à partir duquel la décision y relative prend effet;

2° dans quels cas une révision est opérée d'office, par qui et comment, ainsi que le moment à partir duquel la décision y relative prend effet.

Art. 12. Indexation

Le Gouvernement détermine les modalités d'indexation des différentes prestations.

Art. 13. Moment de l'ouverture et de l'extinction du droit

Lors d'une première demande, le droit à l'allocation de soins s'ouvre, avec effet rétroactif, à la date d'introduction de la demande pour autant que les conditions d'octroi soient remplies à ce moment-là.

Selon qu'une modification est avantageuse ou préjudiciable pour la personne âgée, elle s'opère comme suit :

1° lors d'événements ayant des répercussions avantageuses pour la personne âgée : à partir du mois au cours duquel l'événement survient;

2° lors d'événements ayant des répercussions préjudiciables pour la personne âgée : à partir du premier jour du mois suivant.

Le droit à l'allocation de soins s'éteint le premier jour du mois suivant celui où les différentes conditions y afférentes ne sont plus remplies. Le droit à l'allocation de soins s'éteint en tout état de cause si la personne âgée décède ou est déclarée absente.

Art. 14. Concomitance de prestations similaires

Sous réserve des dispositions d'accords de coopération en vigueur conclus entre la Communauté germanophone et les entités fédérées et sans préjudice de l'application des dispositions légales de l'Union européenne, l'allocation de soins n'est pas octroyée si la personne âgée perçoit déjà une prestation comparable à celle-ci en vertu d'autres lois, décrets, ordonnances, dispositions réglementaires ou en vertu de législations étrangères.

Sont en tout cas considérées comme prestations comparables à l'allocation de soins les prestations octroyées par les entités fédérées sous la forme de l'allocation pour l'aide aux personnes âgées prévue par la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux personnes handicapées ou les allocations qui lui ont succédé;

Sans préjudice de l'alinéa 2, le Gouvernement peut, outre les prestations comparables y prévues, fixer d'autres prestations comparables à l'allocation de soins et les expliciter.

Le Gouvernement fixe les autres modalités en cas de concomitance de prestations comparables à l'allocation de soins.

CHAPITRE 3. — Détermination des catégories d'allocations de soins

Art. 15. Catégories d'allocations de soins

Les catégories d'allocations de soins dépendent du degré de perte d'autonomie de la personne âgée et sont réparties comme suit :

1° catégorie d'allocation de soins 1 : cette catégorie est attribuée lorsqu'une valeur d'au moins 3 est atteinte dans le cadre du BelRAI screener dans les modules AIVQ (activités instrumentales de la vie quotidienne) et AVQ (activités de la vie quotidienne);

2° catégorie d'allocation de soins 2 : cette catégorie est attribuée lorsqu'une valeur de 6 à 12,99 est atteinte dans le cadre du BelRAI screener;

3° catégorie d'allocation de soins 3 : cette catégorie est attribuée lorsqu'une valeur de 13 à 30 est atteinte dans le cadre du BelRAI screener ou d'au moins 6 dans les modules AIVQ (activités instrumentales de la vie quotidienne) et AVQ (activités de la vie quotidienne);

4^o catégorie d'allocation de soins 4 : cette catégorie est attribuée lorsqu'une valeur de 13 à 30 est atteinte dans le cadre du BelRAI screener ou d'au moins 5 à 18 dans les modules troubles cognitifs, troubles psychiques et troubles du comportement.

L'Office détermine la dépendance en se basant sur le BelRAI screener.

Le Gouvernement fixe la procédure selon laquelle l'Office détermine les besoins.

CHAPITRE 4. — Procédure d'octroi et de recouvrement

Section 1^{re}. — Dispositions communes

Art. 16. Dérogation à la charte de l'assuré social

Les dispositions du présent chapitre s'appliquent par dérogation à celles de la loi du 11 avril 1995 visant à instituer la « charte » de l'assuré social.

Section 2. — Demandes

Art. 17. Introduction de la demande

L'allocation de soins est liquidée sur demande.

Le Gouvernement adresse ou remet au demandeur un accusé de réception ou la confirmation précisant que sa demande est examinée. Tout accusé de réception doit indiquer le délai prévu pour l'examen de la demande ainsi que le délai de prescription à considérer. Un paiement ou une demande de renseignements complémentaires vaut accusé de réception.

Le Gouvernement détermine :

- 1^o le contenu de la demande d'allocation de soins;
- 2^o la forme de la demande et la manière de l'introduire.

Art. 18. Examen de la demande

Lors de l'examen de la demande, le Gouvernement recueille, de sa propre initiative, toutes les informations nécessaires lui permettant d'apprécier les droits de la personne âgée. À défaut, il les réclame auprès du demandeur selon les modalités fixées par lui.

Si le demandeur ne transmet pas ces informations dans un délai d'un mois, deux lettres de rappel lui sont envoyées. Si, malgré les rappels qui lui sont adressés, le demandeur reste, pendant plus d'un mois à dater de l'envoi du second rappel, en défaut de fournir les renseignements complémentaires demandés, le Gouvernement refuse la demande, sauf si le demandeur fait connaître un motif justifiant un délai de réponse plus long.

Le Gouvernement détermine la suite du traitement et notamment :

- 1^o comment et par qui la demande est traitée;
- 2^o quelles informations le demandeur doit communiquer lorsque sa situation change, sous quelle forme et dans quels délais.

Section 3. — Décisions

Art. 19. Délai pour la prise de décision

Le Gouvernement statue dans les soixante jours ouvrables suivant la réception de la demande mentionnée à l'article 17.

Si, dans ce délai, le Gouvernement ne peut prendre de décision, il en informe le demandeur et justifie ce retard. Le délai de prise de décision n'en est pas prolongé.

Si la demande nécessite l'intervention d'une institution qui relève de la compétence d'une autre entité fédérée, cette intervention sera effectuée par le Gouvernement. Le demandeur en sera informé.

Le délai de prise de décision est suspendu tant que le demandeur ou une institution qui relève de la compétence d'une autre entité fédérée n'ont pas fourni au Gouvernement tous les renseignements demandés, nécessaires pour prendre la décision.

Art. 20. Notification des décisions

Le Gouvernement fait connaître au demandeur, au plus tard au moment de l'exécution, toute décision le concernant.

Sans préjudice de l'application d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires, la notification s'opère par un écrit adressé au demandeur.

Le Gouvernement détermine :

- 1^o les modalités et les délais de notification;
- 2^o les cas dans lesquels la notification ne doit pas avoir lieu ou dans lesquels elle se fait au moment de l'exécution;
- 3^o les cas dans lesquels la notification se fait par envoi recommandé.

Art. 21. Mode de calcul

Les décisions concernant l'octroi de l'allocation de soins et qui se rapportent à des montants mentionnent comment ceux-ci sont calculés.

Le Gouvernement détermine les mentions obligatoires devant figurer sur les formulaires de paiement.

Art. 22. Exigences relatives au contenu des décisions Les notifications de décisions portant octroi ou refus de l'allocation de soins doivent contenir les mentions suivantes :

- 1^o la possibilité d'intenter un recours devant la juridiction compétente;
- 2^o l'adresse des juridictions compétentes;
- 3^o le délai et les modalités à respecter pour intenter un recours;
- 4^o le contenu des articles 728 et 1017 du Code judiciaire;

5° les références du dossier et de l'agent ou du service qui gère celui-ci;

6° la possibilité d'obtenir toute explication sur la décision auprès du service qui gère le dossier ou d'un service d'information désigné à cette fin.

Si la notification ne contient pas les mentions prévues à l'alinéa 1^{er}, les délais de recours mentionnés aux articles 25 et 37 ne commencent pas à courir.

Art. 23. Décisions irrégulières

Lorsqu'il est constaté que la décision est entachée d'une erreur de droit ou matérielle, le Gouvernement prend, de sa propre initiative, une nouvelle décision produisant ses effets à la date à laquelle la décision irrégulière aurait dû prendre effet, et ce, sans préjudice des dispositions légales applicables en matière de prescription.

Sans préjudice de l'article 24, la nouvelle décision produit ses effets, en cas d'erreur due au Gouvernement, à partir du mois suivant la notification, si le droit à l'allocation de soins est inférieur à celui reconnu initialement.

L'alinéa 2 ne s'applique pas si le demandeur :

1° sait ou devait savoir qu'il n'a pas ou plus droit au montant total d'une prestation;

2° n'a pas fourni toutes les explications découlant de ses anciennes obligations ou d'une disposition légale, décrétole ou réglementaire.

Art. 24. Retrait et révision des décisions

Sans préjudice des dispositions légales applicables en matière de prescription, le Gouvernement peut, dans le délai d'introduction d'une action en justice ou d'un recours devant la juridiction compétente ou, si une action en justice ou un recours ont déjà été introduits, jusqu'à la clôture des débats, annuler sa décision et en prendre une nouvelle si :

1° à la date de la prise en cours de la prestation, le droit a été modifié par une disposition légale, décrétole ou réglementaire;

2° un fait nouveau ou des éléments de preuve nouveaux ayant une incidence sur les droits du demandeur sont invoqués en cours d'instance.

Art. 25. Procédure de recours

Le demandeur peut introduire auprès du Gouvernement un recours contre des décisions portant octroi ou refus de l'allocation de soins ou contre une décision de révision ou de révision d'office. Le recours n'est pas suspensif.

Le Gouvernement fixe le délai d'introduction et les autres modalités de la procédure de recours.

Section 4. — De la liquidation

Art. 26. Modalités de liquidation § 1^{er} - Compte tenu de l'application de l'article 19, l'allocation de soins est liquidée dans le courant du mois auquel elle se rapporte.

Le Gouvernement détermine la date de liquidation de l'allocation de soins.

§ 2 - Les prestations sont versées sur un compte de la personne âgée dont le numéro est indiqué en format SEPA.

Le compte mentionné à l'alinéa 1^{er} est un compte ouvert au nom de la personne âgée.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités de liquidation.

Art. 27. Liquidation tardive

Si la liquidation de l'allocation de soins n'intervient pas au moment prévu à l'article 26, le Gouvernement en informe le demandeur, sans préjudice du droit de ce dernier à porter l'affaire devant la juridiction compétente, et motive ledit retard.

Tant que le paiement n'a pas lieu, le demandeur est informé mensuellement des raisons de ce retard.

Art. 28. Suspension de la liquidation

Sans préjudice du droit au recouvrement mentionné à l'article 32, la liquidation peut être suspendue en cas d'indices sérieux et concordants laissant croire que les informations fournies par le demandeur en vue d'obtenir l'allocation de soins résultent de fraude, de dol ou de manœuvres frauduleuses ou sont fausses. Cette suspension peut être maintenue jusqu'à ce que les soupçons soient écartés, sans toutefois excéder six mois, le délai pouvant être renouvelé une fois.

Art. 29. Décompte de prestations étrangères en nature

Sans préjudice des dispositions des conventions internationales et règlements européens en matière de sécurité sociale en vigueur en région de langue allemande, le montant de l'allocation de soins est réduit du montant des prestations de même nature dont la personne âgée bénéficie en application d'autres dispositions légales ou réglementaires étrangères ou en vertu des règles applicables au personnel d'une institution de droit international public, même si l'octroi de ces prestations est qualifié, en vertu des dispositions ou des règles précitées, de complémentaire à l'allocation de soins octroyée en application du présent décret.

Le Gouvernement fixe la différence qui doit être versée à titre de provision dans les cas où le montant des prestations étrangères en nature n'est pas encore connu.

Art. 30. Dépassement du délai de prise de décision

Si la décision mentionnée à l'article 19 n'est pas prise dans le délai précisé au même article pour une raison imputable au Gouvernement, les prestations portent intérêt de plein droit pour le demandeur bénéficiaire, au plus tard au terme dudit délai de prise de décision et au plus tôt à partir de la date de leur exigibilité. Le taux d'intérêt applicable s'élève à 1,75 % par an sur les prestations dues.

Les intérêts mentionnés à l'alinéa 1^{er} ne sont pas dus lorsque des avances sont versées et que la décision définitive dépend d'informations qui doivent être fournies par le demandeur lui-même ou par une institution qui relève de la compétence d'une autre entité fédérée.

Art. 31. Avances

L'allocation de soins peut être liquidée sous la forme d'avances.

Le Gouvernement détermine :

- 1° les conditions auxquelles une avance peut être liquidée;
- 2° comment des avances peuvent être octroyées, par qui et à concurrence de quel montant;
- 3° la manière de déduire les avances de l'allocation de soins octroyée.

*Section 5. — Recouvrement***Art. 32. Conditions**

Sans préjudice de l'application de l'article 36, le Gouvernement exige le remboursement de l'allocation de soins s'il constate qu'elle a été indument liquidée. L'allocation de soins est réputée liquidée indument si :

- 1° les informations communiquées ayant mené à l'obtention de ladite allocation sont frauduleuses ou fausses; ou
- 2° la personne âgée a reçu l'allocation de soins en vertu du présent décret alors qu'elle ne relève pas ou plus de son champ d'application.

Art. 33. Procédure

L'article 1410, § 4, du Code judiciaire est applicable à la répétition de prestations liquidées indument. Dans le respect de l'article 1410, § 4, du Code judiciaire, l'allocation de soins est récupérée par voie de retenue, en tout ou partie, sur les prestations restant à liquider.

Si les montants n'ont pas pu être remboursés conformément à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement réclame les prestations indument liquidées auprès de la personne âgée. À défaut d'un remboursement, le Gouvernement engage, à l'encontre de la personne âgée, une procédure judiciaire à des fins de répétition desdits montants.

Le Gouvernement détermine :

- 1° les modalités de l'invitation au remboursement;
- 2° les modalités et les délais pour l'entame d'une procédure judiciaire.

Art. 34. Notification

La notification de décisions portant répétition de l'indu doivent contenir, outre les mentions énumérées à l'article 22, alinéa 1^{er}, du présent décret, les indications suivantes :

- 1° la constatation de l'indu;
- 2° le montant total de l'indu, ainsi que le mode de calcul;
- 3° le contenu et les références des dispositions en infraction desquelles les paiements ont été effectués;
- 4° le délai de prescription pris en considération;
- 5° le cas échéant, la possibilité pour le Gouvernement de renoncer à la répétition de l'indu et à la procédure à suivre en pareil cas;
- 6° la possibilité de soumettre une proposition motivée en vue d'un remboursement étalé.

Si la notification ne contient pas les mentions prévues à l'article 22, alinéa 1^{er}, le délai de recours mentionné à l'article 38 ne commence pas à courir.

Art. 35. Non-recouvrement

§ 1^{er} - Lorsque le recouvrement des sommes indues s'avère impossible techniquement, le Gouvernement peut, dans les cas qu'il détermine, déclarer irrécouvrables les montants à récupérer.

§ 2 - Lorsque les frais de recouvrement des sommes indues sont supérieurs au montant des sommes à recouvrer, le Gouvernement peut, dans les limites fixées par lui, renoncer à toute poursuite en vue de la perception de ces sommes soit par voie judiciaire, soit par voie d'exécution forcée, et déclarer irrécouvrables les montants à récupérer.

Le Gouvernement peut renoncer au recouvrement de sommes modiques, dans les limites fixées par lui, lorsqu'il n'est pas possible de procéder à la récupération de ces sommes par voie de retenues sur des prestations encore à liquider.

§ 3 - Pour des raisons sociales, le Gouvernement peut déclarer irrécouvrables, en tout ou partie, les sommes à rembourser, si :

- 1° le demandeur introduit une demande de renonciation au recouvrement;
- 2° le montant indu ne résulte pas d'une fraude, d'un dol, de manœuvres frauduleuses ou d'un manquement dans le chef du demandeur, tel que mentionné à l'article 23, alinéa 3.

Le Gouvernement détermine la procédure et les modalités en ce qui concerne la renonciation au recouvrement pour raisons sociales.

§ 4 - Sauf en cas de fraude, de dol ou de manœuvres frauduleuses, les montants à récupérer sont déclarés d'office irrécouvrables si la personne à laquelle ils ont été payés est décédée ou a été déclarée absente et que le recouvrement ne lui avait pas encore été notifié au moment de son décès.

§ 5 - Le Gouvernement ne recouvre pas des montants indument liquidés si la liquidation résulte d'une erreur du Gouvernement.

Art. 36. Recours à l'administration du Service public fédéral Finances en charge de la perception et du recouvrement de créances non fiscales

Les montants à recouvrer peuvent l'être conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Dans ce cas, les articles 33 et 35 ne s'appliquent pas.

Section 6. — Prescription

Art. 37. Délai de prescription pour la réclamation de l'allocation de soins

§ 1^{er} - Les demandes et actions en justice de personnes à qui revient ou doit être versée l'allocation de soins sont introduites dans les trois ans suivant le premier jour du mois où le droit est ouvert.

§ 2 - Sans préjudice des causes prévues par le Code civil, le délai de prescription est également interrompu par l'envoi d'une demande ou d'un recours par courrier postal, fax ou courrier électronique au Gouvernement ou par le dépôt d'une telle demande ou, selon le cas, d'un tel recours auprès de celui-ci. L'interruption se produit à la date du pli recommandé, le cachet de la poste faisant foi, ou, à défaut de celui-ci, à celle fixée par l'accusé de réception établi par le Gouvernement à l'intention de la personne qui demande ou réclame ces prestations.

L'interruption est valable pour trois ans. Elle peut être renouvelée.

Art. 38. Délai de prescription pour le recouvrement de l'allocation de soins

Toute allocation de soins liquidée indument ne peut plus être recouverte au terme d'un délai de cinq ans à dater du premier jour du mois auquel se rapporte la liquidation indue.

Sans préjudice des causes prévues par le Code civil, le délai de prescription est interrompu par le recouvrement des paiements indus notifié au débiteur par lettre recommandée.

CHAPITRE 5. — Confidentialité et protection des données

Art. 39. Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement et les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution doivent traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 40. Traitement des données à caractère personnel

Sans préjudice de l'article 41, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 42, au sens du règlement général sur la protection des données. Pour leur traitement, le Gouvernement est réputé responsable au sens de l'article 4, 7., du règlement général sur la protection des données.

Le Gouvernement traite les données à caractère personnel en vue de l'exécution des missions mentionnées aux chapitres 2, 3 et 4. Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données.

Art. 41. Traitement de données relatives à la santé

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé.

Art. 42. Catégories de données

Pour exécuter leurs missions conformément à l'article 40, alinéa 2, le Gouvernement et les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret peuvent traiter les données à caractère personnel des catégories suivantes :

1° concernant la personne âgée :

- a) les données de contact et celles relatives à l'identité, à l'âge, à la date du décès ou de la disparition;
- b) les données relatives à la santé;
- c) les données relatives au statut d'assuré social;
- d) les données relatives aux comptes;
- e) les données relatives aux prestations d'assurances à l'étranger;
- f) les données relatives aux allocations en Belgique;

2° les données permettant l'identification du demandeur ou de la personne qu'il a déléguée en tant que correspondant.

Sur avis préalable de l'autorité de protection des données, le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Art. 43. Durée du traitement des données

Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, un délai de conservation plus long, les données mentionnées à l'article 42 sont conservées comme suit :

1° pour une personne âgée qui n'a jamais réellement eu droit à l'allocation de soins : pendant cinq ans suivant la fin du mois où a été introduite la demande y afférente;

2° pour une personne âgée qui a eu droit à l'allocation de soins : pendant cinq ans suivant la fin du mois où le droit existait pour la dernière fois;

3° pour une personne âgée pour laquelle une procédure administrative ou judiciaire est pendante : pendant cinq ans à partir de la fin du mois où se termine ladite procédure.

Art. 44. Transmission à des tiers

Peuvent être transmises aux institutions mentionnées à l'alinéa 2 les données à caractère personnel suivantes :

1° concernant la personne âgée :

- a) les données de contact et celles relatives à l'identité et à l'âge;
- b) les données relatives à la santé;
- c) les données relatives au statut d'assuré social;
- d) les données relatives à l'allocation de soins;
- e) les données relatives aux comptes;

2° les données permettant l'identification du demandeur ou de la personne qu'il a déléguée en tant que contact.

Les données mentionnées à l'alinéa 1^{er} sont transmises aux institutions et autorités suivantes, et ce, aux fins suivantes :

1° à l'Office aux fins de détermination des besoins;

2° aux centres publics d'aide sociale aux fins suivantes :

a) dans la mesure où la personne âgée a demandé la liquidation d'une avance sur l'allocation de soins via un centre public d'aide sociale, en vue de la liquidation de cette avance;

b) dans la mesure où un centre public d'aide sociale accompagne ou encadre la personne âgée, en vue de savoir s'il existe un droit à l'allocation de soins;

3° aux assureurs étrangers dans le cadre de la compensation de droits conformément au règlement (CE) n° 883/2004;

4° à la banque carrefour de la Sécurité sociale, dans le cas de l'ouverture du droit, en vue de la transmission des données aux institutions et autorités qui, par ou en vertu d'une loi, d'un décret ou d'une ordonnance, sont chargées d'une mission d'intérêt public, dans la mesure où cette transmission est nécessaire pour l'exercice de ladite mission par les institutions et autorités concernées et pour l'ouverture de droits dérivés de l'allocation de soins, pour des droits exclusifs ou pour l'accompagnement et l'encadrement de la personne âgée dans le cadre de leurs compétences.

Art. 45. Utilisation de données en vue d'établir des analyses et statistiques

Afin d'établir des analyses et des statistiques, le Gouvernement a recours à des données pseudonymisées relatives au nombre de demandes traitées. Ces données sont réparties selon :

1° l'octroi et le refus, par prestation;

2° l'âge des personnes âgées et la catégorie d'allocation de soins.

Art. 46. Mesures de sécurité

Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurités nécessaires au traitement des données à caractère personnel, tel que prévu par le présent chapitre.

CHAPITRE 6. — Dispositions pénales

Art. 47. Faux et usage de faux en écriture

Est puni d'une peine d'emprisonnement de six mois à trois ans et d'une amende pénale de 600 à 6 000 euros ou d'une de ces peines seulement ou d'une amende administrative de 300 à 3 000 euros, quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir, ou de conserver ou de faire conserver une allocation de soins indue :

1° a commis un faux en écriture, soit par fausses signatures, soit par contrefaçon ou altération d'écritures ou de signatures, soit par fabrication de conventions, dispositions, obligations ou décharges ou, selon le cas, par leur insertion dans un acte, soit par addition ou altération de clauses, de déclarations ou de faits que cet acte avait pour objet de recevoir ou de constater;

2° a fait usage d'un acte faux ou d'une pièce fausse;

3° a commis un faux, en introduisant dans un système informatique, en modifiant ou en effaçant des données, qui sont stockées, traitées ou transmises par un système informatique, ou en modifiant par tout moyen technologique l'utilisation possible de données dans un système informatique, et par là, a modifié la portée juridique de telles données;

4° a fait usage des données ainsi obtenues, tout en sachant que celles-ci étaient fausses.

Art. 48. Déclarations inexactes ou incomplètes

Est puni conformément à l'article 47 quiconque a sciemment et volontairement :

1° fait une déclaration inexacte ou incomplète pour obtenir ou faire obtenir, ou pour conserver ou faire conserver une allocation de soins indue;

2° omis ou refusé de faire une déclaration à laquelle il est tenu ou de fournir les informations qu'il est tenu de donner pour obtenir ou faire obtenir, ou pour conserver ou faire conserver une allocation de soins indue;

3° reçu une prestation à laquelle il n'a pas droit ou n'a que partiellement droit à la suite d'une déclaration mentionnée au 1°, de l'omission ou du refus de faire une déclaration ou de fournir des informations visées au 2°, ou d'un acte visé à l'article 47.

Art. 49. Escroquerie

Est puni conformément à l'article 47 quiconque, dans le but d'obtenir ou de faire obtenir, ou de conserver ou de faire conserver un paiement d'allocations de soins indu, a fait usage de faux noms, de faux titres ou de fausses adresses, ou a recouru à toute manœuvre frauduleuse pour faire croire à l'existence d'une fausse personne, d'une fausse institution ou de tout autre évènement fictif ou pour abuser d'une autre manière de la confiance.

Art. 50. Décimes additionnels

Les décimes additionnels mentionnés à l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, de la loi du 5 mars 1952 relative aux décimes additionnels sur les amendes pénales s'appliquent aux amendes administratives mentionnées dans le présent chapitre.

En cas d'amende administrative, le Gouvernement mentionne, dans sa décision, la multiplication en vertu de la loi précitée du 5 mars 1952 ainsi que le montant résultant de cette augmentation.

Art. 51. Règles applicables en cas de sanction des infractions

En cas de sanction des infractions mentionnées dans le présent chapitre, les dispositions du Livre I^{er}, Titre 6, chapitres 3 et 4, du Code pénal social s'appliquent.

Les poursuites pénales excluent l'application d'une amende administrative, même si les poursuites aboutissent à un acquittement.

CHAPITRE 7. — *Dispositions finales***Art. 52.** Disposition modificative

L'article 580, 8^o, du Code judiciaire du 10 octobre 1967, modifié en dernier lieu par le décret du 23 avril 2018, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) le décret du 27 juin 2022 relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées; ».

Art. 53. Disposition modificative

Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, de la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux personnes handicapées, remplacé par la loi du 22 décembre 1989 et modifié par la loi du 24 décembre 2002, les mots « et l'allocation pour l'aide aux personnes âgées » sont abrogés.

Art. 54. Disposition modificative

Dans l'article 2 de la même loi, remplacé par la loi du 9 juillet 2004, le § 3 est abrogé.

Art. 55. Disposition modificative

Dans l'article 6 de la même loi, remplacé par la loi du 24 décembre 2002, le § 3 est abrogé.

Art. 56. Disposition modificative

Dans l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, de la même loi, remplacé par la loi du 9 juillet 2004, les mots « ou d'une allocation pour l'aide aux personnes âgées » sont abrogés.

Art. 57. Disposition modificative

Dans l'article 8, § 1^{er}, de la même loi, remplacé par la loi du 24 décembre 2002, l'alinéa 4 est abrogé.

Art. 58. Disposition transitoire

Les personnes âgées qui, en décembre 2022, perçoivent une allocation pour l'aide aux personnes âgées en vertu de la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux personnes handicapées continuent, à partir du 1^{er} janvier 2023, de percevoir le montant auquel elles avaient droit sur la base de l'article 6, § 3, de la même loi.

Ce montant n'est plus soumis aux modalités d'indexation fixées à l'article 6, § 5, de la même loi ni à celles fixées en vertu de l'article 12.

Ce montant est liquidé en lieu et place des prestations octroyées sur la base des articles 6 et 8 jusqu'à ce que la somme de celles auxquelles la personne âgée mentionnée à l'alinéa 1^{er} a droit soit plus avantageuse que le montant déterminé à l'alinéa 1^{er}.

L'examen du montant le plus avantageux au sens de l'alinéa 3 à l'entrée en vigueur du présent décret intervient au plus tard le 30 juin 2023. Dans l'attente de cet examen, le montant visé à l'alinéa 1^{er} continue d'être versé. Si l'examen montre que les prestations mentionnées aux articles 6 et 8 ont été plus avantageuses pendant cette période, le Gouvernement procède au paiement complémentaire correspondant.

Dès que l'une des situations mentionnées à l'alinéa 3 se présente, les prestations octroyées en vertu des articles 6 et 8 sont liquidées conformément aux modalités fixées dans le présent décret.

Art. 59. Disposition transitoire

Toutes les demandes d'aide aux personnes âgées introduites à partir du 1^{er} décembre 2022 sont, à partir du 1^{er} janvier 2023, traitées conformément aux dispositions du présent décret, le droit à l'allocation de soins n'étant ouvert qu'à partir du 1^{er} janvier 2023.

Art. 60. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2023.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 27 juin 2022.

O. PAASCH

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS

La Ministre de la Culture et du Sport,

de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG

La Ministre de l'Éducation,
et de la recherche scientifique

—
Note

Session 2021-2022

Documents parlementaires : 203 (2021-2022) n^o 1 Projet de décret

203 (2021-2022) n^o 2 Rapport

203 (2021-2022) n^o 3 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 27 juin 2022 - n^o 45 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/204377]

27 JUNI 2022. — Decreet betreffende het zorgbudget voor ouderen

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :
HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Voorwerp

Het zorgbudget is een niet-doelgebonden, financiële ondersteuning voor ouderen met ondersteuningsbehoefte die periodiek wordt uitbetaald en tot doel heeft de zelfredzaamheid van die ouderen te versterken en hen te helpen om een zelfbeschikkend leven te leiden.

Art. 2. Hoedanigheden

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° aanvrager : de natuurlijke persoon die recht heeft op een zorgbudget, aanspraak maakt of kan maken op een zorgbudget, zijn wettelijke vertegenwoordigers en gevolmachtigden, alsook de werkelijke of mogelijke ontvanger van het zorgbudget;

2° BelRAI-Screener : wetenschappelijk gefundeerd, globaal evaluatie-instrument dat op het internationale *Resident Assessment Instrument* steunt.

Het gaat om een gevalideerd elektronisch instrument dat gestandaardiseerde inlichtingen over de oudere met ondersteuningsbehoefte of over een persoon met ondersteuningsbehoefte genereert, om de begeleiding te verbeteren;

3° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG;

4° Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

5° zorgbudget: het basiszorgbudget vermeld in hoofdstuk 2 en de sociale bijslag;

6° oudere: elke persoon die de pensioenleeftijd overschreden heeft en recht op het zorgbudget heeft;

7° deelentiteiten: de Vlaamse Gemeenschap, het Waals Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie of de Franse Gemeenschapscommissie;

8° Verordening (EG) nr. 883/2004: de verordening (EG) nr. 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels.

Art. 4. Toepassingsgebied

§ 1 - Dit decreet is van toepassing op personen die :

1° hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied;

2° voldoen aan de toekenningsvoorwaarden vermeld in de artikelen 7 of 9.

In afwijking van het eerste lid is dit decreet niet van toepassing op personen die hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied en :

1° op basis van de bepalingen van de Verordening (EG) nr. 883/2004 onder het socialezekerheidsstelsel vallen van een andere lidstaat van de Europese Unie, of

2° onder het socialezekerheidsstelsel vallen van een ander land dat partij is bij de Europese Economische Ruimte, van Zwitserland of van het Verenigd Koninkrijk, of

3° op basis van de Europese rechtsvoorschriften of een internationaal verdrag of protocol niet onder de Belgische sociale zekerheid vallen.

§ 2 - Onder voorbehoud van de toepassing van het desbetreffende samenwerkingsakkoord is dit decreet ook van toepassing op personen die hun woonplaats hebben in het Franse taalgebied, in het Nederlandse taalgebied of in het tweetalige gebied Brussel-Hoofdstad en :

1° gebruik hebben gemaakt van het door de Europese Unie gewaarborgde recht op het vrije verkeer van werknemers of de vrijheid van vestiging en die om de volgende redenen op basis van de Verordening (EG) nr. 883/04 onder het Belgische socialezekerheidsstelsel vallen:

a) ze zijn tewerkgesteld bij een werkgever met exploitatiezetel op het grondgebied van het Duitse taalgebied of, naargelang van het geval, ze oefenen een zelfstandige activiteit uit in het Duitse taalgebied en hebben op basis van de Verordening (EG) nr. 883/2004 recht op tegemoetkomingen in het kader van dit decreet, of;

b) ze ontvangen een Belgisch pensioen en waren laatst tewerkgesteld bij een werkgever met exploitatiezetel in het Duitse taalgebied of, naargelang van het geval, oefenden laatst een zelfstandige activiteit uit in het Duitse taalgebied en hebben op basis van de Verordening (EG) nr. 883/2004 recht op tegemoetkomingen in het kader van dit decreet;

2° voldoen aan de toekenningsvoorwaarden vermeld in de artikelen 7 of 9.

§ 3 - Dit decreet is ook van toepassing op personen die hun woonplaats hebben in een andere lidstaat van de Europese Unie, in een ander land dat partij is bij de Europese Economische Ruimte, in Zwitserland of in het Verenigd Koninkrijk en die:

1° zich in één van de twee volgende situaties bevinden :

a) ze zijn tewerkgesteld bij een werkgever met exploitatiezetel op het grondgebied van het Duitse taalgebied of, naargelang van het geval, ze oefenen een zelfstandige activiteit uit in het Duitse taalgebied en hebben op basis van de Verordening (EG) nr. 883/2004 recht op tegemoetkomingen in het kader van dit decreet, of

b) ze ontvangen een Belgisch pensioen en waren laatst tewerkgesteld bij een werkgever met exploitatiezetel in het Duitse taalgebied of, naargelang van het geval, oefenden laatst een zelfstandige activiteit uit in het Duitse taalgebied en hebben op basis van de Verordening (EG) nr. 883/2004 recht op tegemoetkomingen in het kader van dit decreet;

2° voldoen aan de toekenningsvoorwaarden vermeld in de artikelen 7 of 9.

§ 4 - Met behoud van de toepassing van de §§ 1 tot 3 geldt dit decreet onder voorbehoud van het recht van de Europese Unie en de internationale verdragen en protocollen.

De Regering wordt ertoe gemachtigd het toepassingsgebied van dit decreet zo nodig in overeenstemming te brengen met het internationaal en Europees recht.

Art. 5. Bepaling van de woonplaats

Voor de toepassing van dit decreet wordt de woonplaats van een persoon als volgt bepaald :

1° in België geldt als woonplaats de plaats waar een persoon zijn hoofdverblijfplaats heeft overeenkomstig de bevolkingsregisters bepaald in artikel 1, § 1, eerste lid, 1°, van de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten of zijn referentieadres heeft overeenkomstig artikel 1, § 2, van die wet;

2° in het buitenland geldt als woonplaats de plaats die als zodanig wordt vermeld in de documenten van de buitenlandse bevolkingsdienst of van de buitenlandse autoriteit of instantie bevoegd voor de burgerlijke stand.

HOOFDSTUK 2. — *Zorgbudget voor ouderen*

Afdeling 1. — Basiszorgbudget

Art. 6. Basiszorgbudget

De Regering kent een maandelijks basiszorgbudget toe, waarvan het bedrag afhangt van de zorgbudgetcategorie van de oudere.

Het bedrag van het basiszorgbudget per zorgbudgetcategorie die in artikel 15 van dit decreet wordt gedefinieerd, wordt als volgt bepaald :

1° ouderen voor wie de ondersteuningsbehoefte overeenstemt met zorgbudgetcategorie 1 ontvangen een maandelijks zorgbudget ten belope van 45 euro;

2° ouderen voor wie de ondersteuningsbehoefte overeenstemt met zorgbudgetcategorie 2 ontvangen een maandelijks zorgbudget ten belope van 152 euro;

3° ouderen voor wie de ondersteuningsbehoefte overeenstemt met zorgbudgetcategorie 3 ontvangen een maandelijks zorgbudget ten belope van 190 euro;

4° ouderen voor wie de ondersteuningsbehoefte overeenstemt met zorgbudgetcategorie 4 ontvangen een maandelijks zorgbudget ten belope van 268 euro.

Art. 7. Toekenningsvoorwaarden

Het basiszorgbudget wordt toegekend aan elke oudere die de pensioenleeftijd overschreden heeft en in een zorgbudgetcategorie werd ingeschaald.

Afdeling 2. — Sociale bijslag

Art. 8. Sociale bijslag

De Regering kent een maandelijks sociale bijslag toe, waarvan het bedrag afhangt van de zorgbudgetcategorie van de oudere.

Het bedrag van de sociale bijslag per zorgbudgetcategorie die in artikel 15 van dit decreet wordt gedefinieerd, wordt als volgt bepaald :

1. ouderen voor wie de ondersteuningsbehoefte overeenstemt met zorgbudgetcategorie 1 ontvangen een maandelijks sociale bijslag ten belope van 30 euro;

2. ouderen voor wie de ondersteuningsbehoefte overeenstemt met zorgbudgetcategorie 2 ontvangen een maandelijks sociale bijslag ten belope van 102 euro;

3. ouderen voor wie de ondersteuningsbehoefte overeenstemt met zorgbudgetcategorie 3 ontvangen een maandelijks sociale bijslag ten belope van 127 euro;

4. ouderen voor wie de ondersteuningsbehoefte overeenstemt met zorgbudgetcategorie 4 ontvangen een maandelijks sociale bijslag ten belope van 179 euro.

Art. 9. Toekenningsvoorwaarden

De sociale bijslag wordt toegekend aan elke oudere die recht heeft op het basiszorgbudget en op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging in de zin van artikel 37, § 19, van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994.

Afdeling 3. — Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 10. Onverenigbaarheden met het zorgbudget

Het recht op het zorgbudget wordt geschorst gedurende de periode waarin de oudere een inkomensvervangende tegemoetkoming of een integratietegemoetkoming ontvangt in de zin van artikel 2, § 1 en § 2, van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap, voor zover die tegemoetkoming hoger is dan het bedrag van het zorgbudget.

Voor zover de oudere een tegemoetkoming als gevolg van een invaliditeit, een arbeidsongeval of een erkende beroepsziekte ontvangt, wordt het recht op het zorgbudget verminderd met het bedrag van die tegemoetkoming gedurende de periode waarin de oudere die tegemoetkoming ontvangt.

De Regering bepaalt hoe het zorgbudget geschorst of verlaagd wordt.

Art. 11. Herziening van het recht

Het recht op het zorgbudget kan op verzoek van de aanvrager of ambtshalve worden herzien.

De Regering bepaalt :

1° in welke gevallen, door wie en hoe een aanvraag om herziening kan worden ingediend, alsook vanaf wanneer de desbetreffende beslissing uitwerking heeft;

2° in welke gevallen, door wie en hoe een herziening van ambtswege geschiedt, alsook vanaf wanneer de desbetreffende beslissing uitwerking heeft.

Art. 12. Indexering

De Regering bepaalt de nadere regels voor de indexering van de verschillende uitkeringen.

Art. 13. Tijdstip van de opening en van de uitdoving van het recht

Bij een eerste aanvraag gaat het recht op het zorgbudget met terugwerkende kracht in op de datum van de aanvraag, voor zover de toekenningsvoorwaarden op dat tijdstip vervuld zijn.

Afhankelijk van het feit of een wijziging voordelig of nadelig voor de oudere is, werken wijzigingen als volgt :

1° in het geval van gebeurtenissen die tot een hoger zorgbudget voor de oudere leiden: vanaf de maand waarin die gebeurtenis zich heeft voorgedaan;

2° in het geval van gebeurtenissen die tot een lager zorgbudget voor de oudere leiden: vanaf de eerste dag van de volgende maand.

Het recht op het zorgbudget dooft uit op de eerste dag van de maand na de maand waarin de daarvoor geldende voorwaarden niet meer vervuld zijn. Het recht op zorgbudget dooft in elk geval uit wanneer de oudere overlijdt of vermist verklaard wordt.

Art. 14. Cumulatie van vergelijkbare uitkeringen

Onder voorbehoud van de bepalingen van geldende samenwerkingsovereenkomsten tussen de Duitstalige Gemeenschap en de deelentiteiten en met behoud van de toepassing van het recht van de Europese Unie, wordt het zorgbudget niet toegekend als de oudere al een met het zorgbudget vergelijkbare uitkering ontvangt krachtens andere wetten, decreten, ordonnanties, reglementaire bepalingen of krachtens buitenlandse wetgeving.

Onder 'met het zorgbudget vergelijkbare uitkeringen' vallen in elk geval de uitkeringen die de deelentiteiten hebben ingesteld in de vorm van of in navolging van de 'tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden' bedoeld in de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap.

Zonder afbreuk te doen aan het tweede lid kan de Regering, naast de daarin bepaalde vergelijkbare uitkeringen, nog andere met het zorgbudget vergelijkbare uitkeringen bepalen en verduidelijken.

De Regering bepaalt de nadere regels bij cumulatie van uitkeringen die met het zorgbudget vergelijkbaar zijn.

HOOFDSTUK 3. — *Bepaling van de zorgbudgetcategorieën***Art. 15.** Zorgbudgetcategorieën

De zorgbudgetcategorieën zijn afhankelijk van de mate waarin de oudere nog autonoom is en worden ingedeeld als volgt :

1° zorgbudgetcategorie 1: die zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener in de modules IADL (Instrumentele dagelijkse activiteiten) en ADL (dagelijkse activiteiten) samen een waarde van minstens 3 bereikt wordt;

2° zorgbudgetcategorie 2: die zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener een waarde tussen 6 en 12,99 bereikt wordt;

3° zorgbudgetcategorie 3: die zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener een waarde tussen 13 en 30 bereikt wordt of als in de modules IADL (Instrumentele dagelijkse activiteiten) en ADL (dagelijkse activiteiten) samen een waarde van minstens 6 bereikt wordt;

4° zorgbudgetcategorie 4: deze zorgbudgetcategorie wordt toegekend als in het kader van de BelRAI-screener een waarde tussen 13 en 30 en minstens een waarde tussen 5 en 18 wordt bereikt in de modules cognitie, psychische stoornissen en gedragsstoornissen.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven bepaalt de ondersteuningsbehoefte op basis van de BelRAI-screener.

De Regering bepaalt hoe de Dienst voor zelfbeschikkend leven de ondersteuningsbehoefte bepaalt.

HOOFDSTUK 4. — *Toekenningsprocedure en terugvoeringsprocedure**Afdeling 1. — Gemeenschappelijke bepalingen***Art. 16.** Afwijking van het handvest van de sociaal verzekerde

Dit hoofdstuk is van toepassing in afwijking van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het "handvest" van de sociaal verzekerde.

*Afdeling 2. — Aanvragen***Art. 17.** Indienen van de aanvraag

Het zorgbudget wordt op aanvraag uitbetaald.

De Regering zendt of overhandigt de aanvrager een ontvangstbevestiging of een bevestiging dat zijn recht onderzocht wordt. In elke ontvangstbevestiging moet vermeld worden binnen welke termijn de aanvraag behandeld wordt en welke verjaringstermijn in acht moet worden genomen. Een betaling of een verzoek om aanvullende inlichtingen wordt als een ontvangstbevestiging beschouwd.

De Regering bepaalt :

1° de inhoud van de aanvraag voor een zorgbudget;

2° in welke vorm en hoe de aanvraag wordt ingediend.

Art. 18. Behandeling van de aanvraag

De Regering verzamelt voor de behandeling van de aanvraag op eigen initiatief alle noodzakelijke inlichtingen om het recht van de oudere te kunnen beoordelen. Indien die inlichtingen ontbreken, vraagt ze die aan bij de aanvrager, overeenkomstig de door haar vastgestelde nadere regels.

Indien de aanvrager die inlichtingen niet binnen een maand verstrekt, krijgt hij twee aanmaningen. Indien de aanvrager de aanvullende inlichtingen ondanks aanmaning na meer dan een maand, te rekenen vanaf verzending van de tweede aanmaning, nog altijd niet heeft verstrekt, weigert de Regering de aanvraag, behalve indien de aanvrager een reden opgeeft die een langere antwoordtermijn rechtvaardigt.

De Regering bepaalt de verdere procedure voor de behandeling van de aanvraag en in het bijzonder :

1° hoe en door wie de aanvraag behandeld wordt;

2° welke inlichtingen de aanvrager bij een wijziging van zijn situatie moet meedelen, alsook in welke vorm en binnen welke termijn dit moet gebeuren.

*Afdeling 3. — Beslissingen***Art. 19.** Termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen

De Regering neemt haar beslissing binnen zestig werkdagen na ontvangst van de aanvraag vermeld in artikel 17.

Indien de Regering binnen die termijn geen beslissing kan nemen, deelt ze dit aan de aanvrager mee, met vermelding van de redenen. De termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen, wordt daardoor niet verlengd.

Indien de aanvraag de tussenkomst vereist van een instelling die onder een andere deelentiteit ressorteert, vraagt de Regering die tussenkomst aan. De aanvrager wordt daarvan op de hoogte gebracht.

De termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen, wordt geschorst zolang de aanvrager of een instelling die onder een andere deelentiteit ressorteert, de Regering niet alle inlichtingen heeft bezorgd die de Regering heeft aangevraagd en die noodzakelijk zijn om een beslissing te kunnen nemen.

Art. 20. Kennisgeving van beslissingen

De Regering stelt de aanvragers uiterlijk op het ogenblik van de uitvoering in kennis van elke beslissing die hen betreft.

Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen geschiedt de kennisgeving aan de aanvrager schriftelijk.

De Regering bepaalt :

1° de nadere regels en termijnen voor de kennisgeving;

2° de gevallen waarin geen kennisgeving vereist is of de gevallen waarin de kennisgeving op het ogenblik van de uitvoering moet plaatsvinden;

3° de gevallen waarin de kennisgeving aangetekend geschiedt.

Art. 21. Berekeningswijze

In beslissingen over de toekenning van zorgbudget waarin geldbedragen worden genoemd, wordt vermeld hoe die bedragen berekend zijn.

De Regering bepaalt welke vermeldingen op de betalingsformulieren verplicht zijn.

Art. 22. Vereisten waaraan de beslissingen inhoudelijk moeten voldoen De kennisgeving van beslissingen over de toekenning of weigering van het zorgbudget bevat de volgende vermeldingen :

1° de mogelijkheid om beroep in te stellen bij het bevoegde rechtscollege;

2° het adres van de bevoegde rechtscolleges;

3° de termijnen en nadere regels die in geval van beroep moeten worden nageleefd;

4° de inhoud van de artikelen 728 en 1017 van het Gerechtelijk Wetboek;

5° het referentienummer van het dossier en de medewerker of de dienst die het dossier beheert;

6° de mogelijkheid om bij de dienst die het dossier beheert of bij een daartoe aangewezen informatiedienst alle uitleg over de beslissing te krijgen.

Indien de kennisgeving de in het eerste lid bepaalde vermeldingen niet bevat, gaan de beroepstermijnen vermeld in de artikelen 25 en 37 niet in.

Art. 23. Onwettige beslissingen

Indien vastgesteld wordt dat de beslissing aangetast is door een onregelmatigheid of een materiële vergissing, neemt de Regering op eigen initiatief een nieuwe beslissing die uitwerking heeft op de datum waarop de onwettige beslissing werkzaam had moeten worden, onverminderd de toepasselijke verjaringsbepalingen.

Onverminderd de toepassing van artikel 24 heeft de nieuwe beslissing, indien de vergissing aan de Regering te wijten is, uitwerking vanaf de maand die volgt op de kennisgeving van die beslissing, als het recht op het zorgbudget kleiner is dan het aanvankelijk toegekende recht.

Het tweede lid is niet van toepassing indien de aanvrager :

1° weet of moest weten dat hij geen recht heeft of meer heeft op het gehele bedrag van een uitkering;

2° niet alle toelichtingen heeft gegeven die voortvloeien uit zijn vroegere verplichtingen of die bij een wettelijke, decretale of reglementaire bepaling worden voorgeschreven.

Art. 24. Intrekking van beslissingen en herziening van beslissingen

Onverminderd de toepasselijke verjaringsbepalingen kan de Regering - binnen de termijn waarbinnen bij het bevoegde rechtscollege een rechtsvordering kan worden ingesteld of verzet kan worden aangetekend of, wanneer al een rechtsvordering is ingesteld of al verzet is aangetekend, tot de sluiting van de debatten - haar beslissing intrekken en een nieuwe beslissing nemen indien :

1° op de datum waarop de uitkering is ingegaan, het recht door een wettelijke, decretale of reglementaire bepaling is gewijzigd;

2° een nieuw feit of nieuw bewijsmateriaal dat uitwerkingen heeft op de rechten van de verzoeker, tijdens het geding wordt ingeroepen.

Art. 25. Mogelijkheid om beroep in te stellen

De aanvrager kan bij de Regering beroep instellen tegen beslissingen tot toekenning of afwijzing van zijn zorgbudgetaanvraag, tegen een beslissing tot herziening of tegen een beslissing tot herziening van ambtswege. Het beroep is niet opschortend.

De Regering bepaalt de termijn waarbinnen beroep kan worden ingesteld en de nadere regels voor de beroepsprocedure.

Afdeling 4. — Uitbetaling

Art. 26. Nadere regels voor de uitbetaling § 1 - Met inachtneming van artikel 19 geschiedt de uitbetaling van het zorgbudget in de loop van de maand waarop het zorgbudget betrekking heeft.

De Regering bepaalt de datum waarop het zorgbudget wordt uitbetaald.

§ 2 - De bedragen worden overgemaakt op een rekening van de oudere waarvan het rekeningnummer in SEPA-formaat is.

Bij de rekening vermeld in het eerste lid gaat het om een rekening die geopend werd op naam van de oudere.

De Regering kan nadere regels voor de uitbetaling bepalen die daarvan afwijken.

Art. 27. Te late uitbetaling

Indien het zorgbudget niet vanaf het in artikel 26 voorgeschreven tijdstip wordt betaald, stelt de Regering de aanvrager daarvan in kennis, met vermelding van de redenen van de vertraging, onverminderd het recht van de aanvrager om de zaak voor de bevoegde rechtscolleges te brengen.

Zolang de betaling niet is gedaan, wordt de aanvrager maandelijks over de redenen van die vertraging ingelicht.

Art. 28. Opschorting van betaling

Onverminderd het recht op terugvordering vermeld in artikel 32 kan de betaling opgeschort worden als er ernstige en eensluidende aanwijzingen zijn dat de door de aanvrager meegedeelde informatie om het zorgbudget te krijgen, gebaseerd zijn op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen of vals zijn. De betaling kan opgeschort worden tot de verdenking niet meer bestaat en dit hoogstens zes maanden, één keer hernieuwbaar.

Art. 29. Verrekening met buitenlandse verstrekkingen

Onverminderd de in het Duitse taalgebied geldende bepalingen van de internationale verdragen en Europese verordeningen over de sociale zekerheid wordt het bedrag van het zorgbudget verminderd met het bedrag van soortgelijke verstrekkingen die de oudere ontvangt met toepassing van andere buitenlandse wettelijke of reglementaire bepalingen of op grond van regels die van toepassing zijn op het personeel van een volkenrechtelijke instelling, zelfs als de toekenning ervan krachtens de voormelde bepalingen of regels met toepassing van dit decreet als een aanvulling op het zorgbudget wordt beschouwd.

De Regering bepaalt het voorlopig uit te betalen verschilbedrag van het zorgbudget voor de gevallen waarin het bedrag van de buitenlandse verstrekkingen nog niet bekend is.

Art. 30. Overschrijding van de termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen

Indien de beslissing vermeld in artikel 19 door toedoen van de Regering niet wordt genomen binnen de in dat artikel gestelde termijn, brengen de uitkeringen van rechtswege interest op voor de rechthebbende aanvrager en dit ten laatste vanaf het verstrijken van de termijn waarbinnen een beslissing moet worden genomen en ten vroegste vanaf de datum van opeisbaarheid van die interest. Het toepasselijke tarief bedraagt 1,75 procent per jaar op de verschuldigde uitkeringen.

De interesten vermeld in het eerste lid zijn niet verschuldigd indien vooruitbetalingen zijn gedaan en de definitieve beslissing afhangt van inlichtingen die meegedeeld moeten worden door de aanvrager zelf of door een instelling die onder een andere territoriale entiteit ressorteert.

Art. 31. Voorschotten

Het zorgbudget kan worden uitbetaald in de vorm van een voorschot.

De Regering bepaalt :

- 1° onder welke voorwaarden een voorschot kan worden betaald;
- 2° hoe, door wie en tot welk bedrag voorschotten kunnen worden toegekend;
- 3° hoe de voorschotten met het toegekende zorgbudget worden verrekend.

Afdeling 5. — Terugvordering

Art. 32. Voorwaarden

Als de Regering vaststelt dat het zorgbudget ten onrechte is uitbetaald, vordert ze het zorgbudget met behoud van de toepassing van artikel 36 terug. Het zorgbudget geldt als ten onrechte uitbetaald indien :

- 1° de informatie die tot de toekenning van het zorgbudget geleid heeft, frauduleus of vals is, of
- 2° de oudere op grond van dit decreet een zorgbudget heeft ontvangen, hoewel dit decreet niet of niet langer op hem van toepassing is.

Art. 33. Procedure

Artikel 1410, § 4, van het Gerechtelijk Wetboek is van toepassing op terugvorderingen van ten onrechte betaalde uitkeringen. Met inachtneming van artikel 1410, § 4, van het Gerechtelijk Wetboek wordt het zorgbudget teruggevorderd door later verschuldigde uitkeringen geheel of gedeeltelijk in te houden.

Indien de bedragen niet overeenkomstig het eerste lid teruggevorderd konden worden, vordert de Regering de ten onrechte uitbetaalde bedragen bij de oudere in. Indien de bedragen niet worden terugbetaald, onderneemt de Regering gerechtelijke stappen tegen de oudere om ze terug te vorderen.

De Regering bepaalt :

1° de nadere regels omtrent de aanmaning tot terugbetaling;

2° de nadere regels en termijnen voor het instellen van het rechtsgeding.

Art. 34. Kennisgeving

Naast de vermeldingen omschreven in artikel 22, eerste lid, van dit decreet bevat de kennisgeving van beslissingen tot terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen de volgende gegevens :

1° de vaststelling dat onverschuldigde bedragen zijn betaald;

2° het totale bedrag van wat onverschuldigd is betaald, alsook de berekeningswijze ervan;

3° de inhoud en de refertes van de bepalingen in strijd waarmee de betalingen zijn gedaan;

4° de in aanmerking genomen verjaringstermijn;

5° in voorkomend geval, de mogelijkheid voor de Regering om van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en van de hiervoor te volgen procedure af te zien;

6° de mogelijkheid om een met redenen omkleed voorstel tot terugbetaling in schijven in te dienen.

Indien de vermeldingen bepaald in artikel 22, eerste lid, van dit decreet in de kennisgeving ontbreken, gaat de beroepstermijn vermeld in artikel 38 niet in.

Art. 35. Niet-invordering

§ 1 - Indien de terugvordering van ten onrechte betaalde sommen technisch onmogelijk blijkt, kan de Regering in de door haar bepaalde gevallen die terug te vorderen bedragen niet-invorderbaar verklaren.

§ 2 - Indien de invorderingskosten voor de terugvordering van de ten onrechte uitbetaalde sommen hoger zijn dan de in te vorderen sommen, kan de Regering, binnen de door haar bepaalde perken, hetzij afzien van de mogelijkheid om een rechtsgeding in te stellen om die sommen terug te vorderen, hetzij afzien van een gedwongen tenuitvoerlegging van de terugvordering van die sommen en de desbetreffende terug te vorderen sommen niet-invorderbaar verklaren.

De Regering kan, binnen de door haar bepaalde perken, afzien van de terugvordering van geringe sommen als die sommen niet teruggevorderd kunnen worden via inhouding op later verschuldigde uitkeringen.

§ 3 - De Regering kan terug te vorderen sommen om sociale redenen geheel of gedeeltelijk niet-invorderbaar verklaren indien :

1° de aanvrager daartoe een aanvraag indient;

2° de ten onrechte uitbetaalde som niet gebaseerd is op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen of niet gebaseerd is op een fout van de aanvrager vermeld in artikel 23, derde lid.

De Regering bepaalt de procedure en de nadere regels voor de afstand van terugvordering om sociale redenen.

§ 4 - Behalve in geval van bedrog, arglist of bedrieglijke handelingen worden terug te vorderen bedragen van ambtswege niet-invorderbaar verklaard, indien de persoon aan wie ze betaald zijn, overleden of vermist verklaard is en de terugvordering op het ogenblik van het overlijden nog niet ter kennis was gebracht van betrokkene.

§ 5 - De Regering vordert ten onrechte uitbetaalde bedragen niet terug indien de betaling te wijten was aan een fout van de Regering.

Art. 36. Beroep op de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en invordering van niet-fiscale schuldvorderingen

De terug te vorderen bedragen kunnen worden ingevorderd overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 betreffende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

In dat geval zijn de artikelen 33 en 35 niet van toepassing.

Afdeling 6. — Verjaring

Art. 37. Verjaringstermijn voor de invordering van het zorgbudget

§ 1 - Aanvragen en rechtsvorderingen van personen aan wie het zorgbudget verschuldigd is of uitbetaald moet worden, worden binnen drie jaar, te rekenen vanaf de eerste dag van de maand waarin het recht geopend wordt, ingediend resp. ingesteld.

§ 2 - Onverminderd de oorzaken vermeld in het Burgerlijk Wetboek wordt de verjaring ook gestuit door een eis of een beroep, bij gewone brief, fax of elektronische post verzonden naar de Regering of door de neerlegging van een dergelijke eis of een dergelijk beroep bij de Regering. De stuiting gebeurt op de datum van het aangetekend schrijven, waarvoor de postdatum als bewijs geldt, of, bij gebrek daaraan, op de datum van het ontvangstbewijs dat door de Regering wordt afgegeven aan de persoon die de uitkeringen aanvraagt of aanspraak op de uitkeringen maakt.

De stuiting is drie jaar geldig. Ze kan verlengd worden.

Art. 38. Verjaringstermijn voor de terugvordering van het zorgbudget

Onverschuldigd betaald zorgbudget kan niet meer teruggevorderd worden na verloop van een termijn van vijf jaar, te rekenen vanaf de eerste dag van de maand waarop de onverschuldigde betaling betrekking heeft.

Onverminderd de oorzaken vermeld in het Burgerlijk Wetboek wordt de verjaring ook gestuit door de terugvordering van onverschuldigd betaalde sommen die aangetekend ter kennis wordt gebracht van de schuldenaar.

HOOFDSTUK 5. — *Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens***Art. 39.** Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 40. Verwerking van persoonsgegevens

Onverminderd artikel 41 is de Regering verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 42 in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. De Regering wordt voor hun verwerking beschouwd als de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De Regering verwerkt persoonsgegevens met het oog op de uitvoering van de taken vermeld in de hoofdstukken 2, 3 en 4. Zij mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van die decretale opdrachten gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming bij de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 41. Verwerking van gezondheidsgegevens

De verwerking van gegevens over de gezondheid van de betrokken personen geschiedt onder de verantwoordelijkheid van een beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg.

Art. 42. Gegevenscategorieën

Voor de uitvoering van hun opdrachten krachtens artikel 40, tweede lid, kunnen de Regering en de andere personen die bij de uitvoering van dit decreet betrokken zijn, persoonsgegevens van de volgende gegevenscategorieën verwerken :

1° over de oudere :

- a) identiteitsgegevens, leeftijd en contactgegevens, datum van overlijden of datum van verdwijning;
- b) gezondheidsgegevens;
- c) gegevens over de verzekeringsstatus;
- d) rekeninggegevens;
- e) gegevens over verzekeringsuitkeringen in het buitenland;
- f) gegevens over tegemoetkomingen in het binnenland;

2° gegevens ter identificatie van de aanvrager of van de gemachtigde contactpersoon van de aanvrager.

De Regering preciseert de gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid na een voorafgaand advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Art. 43. Duur van de gegevensverwerking

Onverminderd andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaartermijn voorzien, worden de gegevens vermeld in artikel 42 als volgt bewaard :

1° voor een oudere die nooit werkelijk recht op uitbetaling van het zorgbudget had : tot vijf jaar na het einde van de maand waarin het zorgbudget werd aangevraagd;

2° voor een oudere die recht op uitbetaling van het zorgbudget had : tot vijf jaar na het einde van de maand waarin het recht voor de laatste keer bestond;

3° voor een oudere die het voorwerp is van een administratieve of gerechtelijke procedure : tot vijf jaar na het einde van de maand waarin de procedure beëindigd werd.

Art. 44. Doorgifte aan derden

De volgende persoonsgegevens kunnen worden doorgegeven aan de instellingen vermeld in het tweede lid :

1° over de oudere :

- a) identiteitsgegevens, leeftijd en contactgegevens;
- b) gezondheidsgegevens;
- c) gegevens over de verzekeringsstatus;
- d) gegevens over het zorgbudget;
- e) rekeninggegevens;

2° gegevens ter identificatie van de aanvrager of van de gemachtigde contactpersoon van de aanvrager.

De gegevens vermeld in het eerste lid worden doorgegeven aan de volgende instellingen en instanties voor de volgende doeleinden :

1° de Dienst voor zelfbeschikkend leven om de ondersteuningsbehoefte te bepalen;

2° de openbare centra voor maatschappelijk welzijn voor de volgende doeleinden :

a) voor zover de oudere de betaling van een voorschot op het zorgbudget via een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn heeft aangevraagd met het oog op de uitbetaling van het voorschot;

b) voor zover een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn de oudere begeleidt of opvangt met het doel hem te informeren over het bestaan van een recht op zorgbudget;

3° buitenlandse verzekeringsinstellingen in het kader van de afweging van rechten overeenkomstig de Verordening (EG) nr. 883/2004;

4° de Kruispuntbank van de Sociale Zekerheid in het geval van de opening van het recht met het oog op de doorgifte van de gegevens aan instellingen en instanties die bij of krachtens een wet, een decreet of een ordonnantie belast zijn met een opdracht van algemeen belang, voor zover die doorgifte noodzakelijk is voor de uitvoering van de opdracht van algemeen belang van de betrokken instanties en instellingen en voor zover dit noodzakelijk is voor de opening van de uit het zorgbudget afgeleide rechten, voor uitsluitende rechten of om in het kader van hun bevoegdheden de oudere te begeleiden of in zijn opvang te voorzien.

Art. 45. Gebruik van gegevens voor onderzoek en statistieken

Om analyses en statistieken op te stellen, gebruikt de Regering gepseudonimiseerde gegevens over het aantal behandelde aanvragen. Die zijn opgesplitst naar :

1° toekenning of weigering per uitkering;

2° leeftijd en zorgbudgetcategorie van de ouderen.

Art. 46. Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 6. — *Strafbepalingen*

Art. 47. Valsheid en gebruik van valse stukken

Wordt gestraft met een gevangenisstraf van zes maanden tot drie jaar en met een strafrechtelijke geldboete van 600 tot 6.000 euro of met één van die straffen of met een administratieve geldboete van 300 tot 3.000 euro eenieder die, met het oogmerk een onverschuldigde uitbetaling van het zorgbudget te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden :

1° valsheid in geschrifte heeft gepleegd, hetzij door valse handtekeningen, hetzij door namaking of vervalsing van geschriften of handtekeningen, hetzij door overeenkomsten, beschikkingen, verbintenissen of schuldbevrijdingen valselijk op te maken of in een akte in te voegen, hetzij door toevoeging of vervalsing van bedingen, verklaringen of feiten die deze akte ten doel had op te nemen of vast te stellen;

2° zich bediend heeft van een valse akte of een vals stuk;

3° valsheid heeft gepleegd, door gegevens die worden opgeslagen, verwerkt of overgedragen door middel van een informaticasysteem, in te brengen in een informaticasysteem, te wijzigen of te wissen, of met enig ander technologisch middel de mogelijke aanwending van gegevens in een informaticasysteem te veranderen, waardoor de juridische draagwijdte van dergelijke gegevens verandert;

4° gebruik heeft gemaakt van die gegevens, terwijl hij weet dat de aldus verkregen gegevens vals zijn.

Art. 48. Onjuiste of onvolledige verklaringen

Wordt gestraft overeenkomstig artikel 47 eenieder die wetens en willens :

1° een onjuiste of onvolledige verklaring heeft afgelegd om een onverschuldigde uitbetaling van het zorgbudget te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden;

2° heeft nagelaten of geweigerd om een verplichte verklaring af te leggen of de inlichtingen te verstrekken die hij gehouden is te verstrekken om een onverschuldigde uitbetaling van het zorgbudget te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden;

3° ingevolge een verklaring bedoeld in 1°, ingevolge het nalaten of het weigeren om een verklaring af te leggen of inlichtingen te verstrekken bedoeld in 2°, of ingevolge een akte bedoeld in artikel 47, een uitkering heeft ontvangen waarop hij geen aanspraak had of waarop hij slechts gedeeltelijk aanspraak had.

Art. 49. Oplichting

Overeenkomstig artikel 47 wordt gestraft, eenieder die, met het oogmerk een onverschuldigde uitbetaling van het zorgbudget te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden, gebruik heeft gemaakt van valse namen, valse hoedanigheden of valse adressen, of enige andere bedrieglijke handeling aangewend heeft om te doen geloven aan het bestaan van een valse persoon, een valse onderneming, of enige andere fictieve gebeurtenis of om op andere wijze misbruik te maken van het vertrouwen.

Art. 50. Opdecienen

De opdecienen bedoeld in artikel 1, eerste lid, van de wet van 5 maart 1952 betreffende de opdecienen op strafrechtelijke geldboeten zijn van toepassing op de administratieve geldboeten bedoeld in dit hoofdstuk.

In geval van een administratieve geldboete maakt de Regering in haar beslissing melding van de vermenigvuldiging ingevolge de voormelde wet van 5 maart 1952 en vermeldt het getal dat het gevolg is van deze verhoging.

Art. 51. Regels voor de bestraffing van overtredingen

Op de bestraffing van de overtredingen vermeld in dit hoofdstuk zijn de bepalingen van boek I, titel 6, hoofdstukken 3 en 4, van het Sociaal Strafwetboek van toepassing.

Strafrechtelijke vervolging sluit de toepassing van een administratieve geldboete uit, ook als de vervolging tot een vrijspraak leidt.

HOOFDSTUK 7. — *Slotbepalingen***Art. 52.** Wijzigingsbepaling

In artikel 580, 8°, van het Gerechtelijk Wetboek van 10 oktober 1967, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 23 april 2018, wordt een bepaling onder g) ingevoegd, luidende :

“g) het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen;”

Art. 53. Wijzigingsbepaling

In artikel 1, eerste lid, van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap, vervangen bij de wet van 22 december 1989 en gewijzigd bij de wet van 24 december 2002, worden de woorden “en de tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden” opgeheven.

Art. 54. Wijzigingsbepaling

Artikel 2, § 3, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 9 juli 2004, wordt opgeheven.

Art. 55. Wijzigingsbepaling

Artikel 6, § 3, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 24 december 2002, wordt opgeheven.

Art. 56. Wijzigingsbepaling

In artikel 7, § 1, derde lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 9 juli 2004, worden de woorden “of een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden” opgeheven.

Art. 57. Wijzigingsbepaling

Artikel 8, § 1, vierde lid, van dezelfde wet, vervangen bij de wet van 24 december 2002, wordt opgeheven.

Art. 58. Overgangsbepaling

Ouderen die in december 2022 een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden ontvangen krachtens de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap, blijven vanaf 1 januari 2023 het bedrag ontvangen waarop zij krachtens artikel 6, § 3, van diezelfde wet recht hadden.

Op dat bedrag zijn niet langer de indexeringsmodaliteiten van artikel 6, § 5, van dezelfde wet van toepassing, noch de indexeringsmodaliteiten die op basis van artikel 12 zijn vastgesteld.

Dat bedrag wordt betaald in plaats van de krachtens de artikelen 6 en 8 toegekende uitkeringen, totdat de som van de krachtens de artikelen 6 en 8 toegekende uitkeringen waarop de in het eerste lid bedoelde oudere recht heeft, voordeliger is dan het in het eerste lid vastgestelde bedrag.

Uiterlijk op 30 juni 2023 wordt onderzocht welk bedrag bij inwerkingtreding van dit decreet voordeliger is in de zin van het derde lid. Zolang dit niet is onderzocht, wordt het bedrag vermeld in het eerste lid doorbetaald. Indien uit het onderzoek blijkt dat de uitkeringen vermeld in de artikelen 6 en 8 gedurende die periode voordeliger waren, doet de Regering een dienovereenkomstige nabetaling.

Zodra een van de situaties vermeld in het derde lid zich voordoet, worden de krachtens de artikelen 6 en 8 toegekende uitkeringen uitbetaald overeenkomstig de nadere regels bepaald in dit decreet.

Art. 59. Overgangsbepaling

Alle aanvragen voor een tegemoetkoming voor hulp aan bejaarden die op of na 1 december 2022 worden ingediend, worden met ingang van 1 januari 2023 overeenkomstig de bepalingen van dit decreet behandeld, waarbij het recht op het zorgbudget pas met ingang van 1 januari 2023 wordt geopend.

Art. 60. Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2023.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 27 juni 2022.

O. PAASCH

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport,

Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG

De Minister van Onderwijs

en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2021-2022

Parlementaire stukken: 203 (2021-2022) Nr. 1 Ontwerp van decreet

203 (2021-2022) Nr. 2 Verslag

203 (2021-2022) Nr. 3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 27 juni 2022 - Nr. 45 Bespreking en aanneming